

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 29.

Freitag, den 4. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

## Friedrich Leßner.

Die Trauerkunde von dem Hinscheiden Friedrich Leßners, des an Kampfes- sowie auch an Lebensjahren ältesten Veteranen der Partei, trifft sie nicht unvorbereitet. In den letzten Jahren bedrängte ihn schwere Krankheit, und vor etwa Jahresfrist mußten wir das völlige Erlöschen seines Augenlichts melden; so mag er den Tod als eine Erlösung begriffen haben, sicher wie er sein durfte, daß sein Lebenswerk ehrlich und tapfer vollbracht war.

Leßner gehörte noch zu jener ersten Generation deutscher Arbeiter — und er war wohl der letzte aus ihr — die in klarem Bewußtsein den Kampf gegen das Kapital aufnahmen. Er war am 27. Februar 1825 in Blankenhain im Großherzogtum Sachsen-Weimar geboren, lernte das Schneiderhandwerk und kam Ende März 1847 nach London. Hier trat er in den kommunistischen Arbeiterverein ein und schloß sich dem Geheimbund der Gerechten an. Er hat es miterlebt, als am Ende desselben Jahres Marx und Engels diesem Bunde den Entwurf des „kommunistischen Manifestes“ als neues Programm vorlegten und in mehrlägigen Debatten gegen alle Einwürfe verteidigten; er hat den Bund der Gerechten in den Bund der Kommunisten umwandeln helfen und als der Eifrigsten einer die Propaganda für die Ziele des Bundes betrieben, so lange es dafür noch eine entfernte Möglichkeit gab.

Nach Ausbruch der Märzrevolution ging er mit Marx und Engels nach Köln, dann in den Tagen der Gegenrevolution mit Schapper nach Wiesbaden, und als ihn im Juni 1850 von hier ein polizeilicher Ausweisungsbefehl vertrieb, nach Mainz, immer in unermüdlicher Agitation für die kommunistische Sache. Im Oktober 1850 wählte er einem Kreistage des Bundes in Frankfurt a. M. bei und wurde von ihm nach Nürnberg gesandt, um die dortige Bundesorganisation zu reorganisieren. Er hatte nur geringe Erfolge und kehrte enttäuscht nach Mainz zurück. Aber auch hier waren ihm nur zu bald die Verfolger auf den Fersen; im Juni 1851 wurde er verhaftet, wenige Wochen nachdem durch die Verhaftung Kohlhaas in Leipzig die Polizei auf die Spuren des kommunistischen Bundes gekommen war. Obgleich nichts gegen ihn vorlag, als daß eine große Masse kommunistischer Schriften in seiner Wohnung gefunden worden waren, wurde er in den Kommunistenprozeß verwickelt, jenen elenden Polizeischwindel, worin Stieber auf Anregung seiner Majestät des Königs Friedrich Wilhelm IV. sein Probestück als Lockspiegel testete.

Nach einer qualvollen Untersuchungshaft machte Leßner die schwachen Verhandlungen vor den Kölner Geschworenen durch, mit all den dramatischen Zwischenfällen, die durch Stiebers infames Meinungssternchen herbeigeführt wurden. Am 12. November 1852 wurde er zu dreijähriger Festungshaft verurteilt, die er in Graudenz und Silberberg verbüßte. Während seiner Haft erschien das Schwarze Buch der Polizei, das von den Polizeihalunken Wermuth und Stieber herausgegeben wurde und über Leßner die Worte enthielt: „Der Untersuchungsrichter schildert ihn als ein nichtswürdiges Subjekt, das ohne alle Bildung ist; aber große Zungenfertigkeit besitzt, durch die er sich besonders in Wirtshäusern und sonstigen Versammlungsstätten des Proletariats Geltung zu verschaffen weiß.“ Dieses aus dem Munde der preussischen Polizei ohnehin ehrenvolle Zeugnis hatte für Leßner noch die angenehme Folge, daß der großherzoglich-weimarische Minister von Wagdorf am 17. Oktober 1855 der königlich-preussischen Festungskommandantur in Silberberg mitteilte, Leßner sei durch „gnädigste Entschließung“ des Großherzogs von Weimar von der nachträglichen Leistung seiner Militärpflicht entbunden worden. Man fürchtete, daß ein so heimlicher und zungenfertiger Hochverräter die großherzoglich-weimarische Kriegssphalanx sprengen könne.

So konnte sich Leßner sofort, nachdem seine Haft abgelassen war, nach London begeben, wo er in engsten Verkehr mit Marx und später, als Engels nach London übergesiedelt war, auch mit diesem trat. Er hing an beiden mit der innigsten Dankbarkeit und Verehrung; allein auch ihnen ist er ein treuer Berater gewesen, einer von jenen Arbeitern, die sie in beständiger Fühlung mit dem Denken und Empfinden der proletarischen Massen erhielten. Sie selbst haben oft genug anerkannt, wie sehr sie solcher Fühlung bedurften, um das zu leisten, was sie für die Arbeiterklasse geleistet haben. Besonders einflußreich und notwendig wurde diese Tätigkeit Leßners in den Tagen der Internationalen Arbeiterassoziation, in deren Generalrat er von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende gesessen hat; meist hat er auch ihren Kongressen beigewohnt, wo er in dem manchmal noch etwas babylonischen Gedanken- und

Sprachenvirkware die klare Auffassung des kommunistischen Prinzips vertrat, das ihm schon seit den Tagen des kommunistischen Bundes in Fleisch und Blut übergegangen war.

So ist ihm ein beneidenswertes Los zugefallen, obgleich er all sein Leben ein armer Teufel blieb und sein sechzigjähriger Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse stets begleitet war von der Sorge ums tägliche Brot. In den Jahrbüchern dieses Kampfes wird sein Name in dauernden Ehren bleiben.

Wir Jungen wollen uns geloben, unseren Alten in jeder Beziehung nachzueifern. Wir wollen unsere ganze Kraft, unser ganzes Können in den Dienst des Proletariats stellen.

Ist auch der Säemann gefallen,  
Auf guten Boden fiel die Saat,  
Uns aber bleibt die kühne Tat,  
Heil'ges Vermächtnis sei sie allen!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag wurde am Donnerstag die Beratung des Kolonialgesetzes glücklich zu Ende geführt. Viel weiter kam man nicht, da die Neigung des Vizepräsidenten Spahn, bis in die Nacht tagen zu lassen, im Hause auf entscheidenden Widerspruch stieß. Nur noch der Etat des Reichsmilitärgerichts wurde debattelos genehmigt.

Der Staatssekretär Dernburg hatte am Dienstag bekanntlich eine Wendung in der kolonialpolitischen Stellung der Sozialdemokratie zu konstatieren versucht. Aber einstimmend wiesen die Genossen Ledebour und Noske diesen Versuch zurück. Mag auch in einzelnen Fragen die Auffassung innerhalb der Fraktion einmal variieren, gegenüber einer leopoldinischen Kongopolitik, wie sie in Südwestafrika getreulich nachgeahmt wird, gibt es in der Sozialdemokratie keine Meinungsverschiedenheit. Es ist traurig und beschämend, daß für das schreckliche Verklavungssternchen in Südwestafrika resp. für dessen Kritik augenscheinlich außerhalb der Sozialdemokratie kein Interesse vorhanden ist. Im englischen und holländischen Parlament haben sich selbst in den schlimmsten Zeiten des Kolonialchauvinismus strenge bürgerliche Kritiker kolonialer Greuelthaten gefunden. Aber in Deutschland überläßt auch der sogenannte entschiedene Liberalismus mehr und mehr den Schutz der Eingeborenen gegen Sklavenhalterbrutalitäten ausschließlich der Sozialdemokratie. Wie es in Südwestafrika aussieht, dafür liefert an der Hand der Missionarberichte Genosse Ledebour geradezu erschütternde Beispiele. Aber Herr Dernburg, dieser „liberale“ Staatsmann und Freisinnsgott ging darauf garricht ein. Das Los der ausgepöbelten Hereros interessierte ihn augenscheinlich bedeutend weniger als der kulturkämpferische Frosch-Mäusekrieg auf Samoa. Wir unsererseits haben keine Veranlassung, uns in diesen Streit zwischen Raskas und Agamennon einzumischen. Wahre Kulturförderung ist von beiden nicht zu erwarten. Herr Müller-Meinungen freilich scheint Frühlingstrost zu wittern, und sieht im Geiste schon den Bülowblock als samoanischen Schulblock wiederersehen. Fast beneiden könnte man dies politische Kind um seine schöne Gabe der Hoffnungseligkeit. Die Junker werden ihm nicht den Gefallen tun, um des samoanischen Bischofskrakeels halber aus dem so soliden und natürlichen Schnapsblock auszutreten. Erwähnt soll noch werden, daß der Mansfelder Scharsmacher, Herr Arndt, auch als ostafrikanischer Scharsmacher auftrat. Hat er auch dort Akten, wie in Mansfeld?

Am Freitag steht an erster Stelle der Etat des Reichstags. Da wird Gelegenheit sein, auf die Januschauerlichkeit zurückzukommen.

Die Oldenburgerei

weckt auch im Kreise Oldenburgs ein vernehmliches „Echo“. Die in Elbing erscheinende „Altpreussische Zeitung“ schreibt: „Die Wähler des Wahlkreises Elbing-Marien-burg werden durch die Vorgänge im Reichstage noch stärker und tiefer berührt, als andere deutsche Männer. Viel zu lange haben wir uns diesen Abgeordneten gefallen lassen, den man vielfach selbst in agrarischen Kreisen nicht schätzte. Der vorgestrichene Vorgang bringt das Gefäß zum Überlaufen. Jetzt sollen sich die Wähler aller Parteien in unserem Kreise zusammenschließen unter dem Rufe: Weg mit Oldenburg! Vor kurzem hat sich in unserem Wahlkreise ein patriotischer Wahlverein gegründet, dessen Ziele den Vaterlandsfreund mit großer Befriedigung und Freude erfüllen und der schon zahlreiche Mitglieder gefunden hat. Jetzt ist es nun aber für ihn an der Zeit, hervorzutreten und auszusprechen, wie

wohl alle Bürger in unserer Stadt und so mancher Wähler im Landkreise über unseren Abgeordneten denken. Jetzt sollte eine Protestversammlung einberufen werden, an der Mitglieder aller Parteien teilnehmen und in der Deutschland gegenüber klar und deutlich klargestellt wird, daß der Wahlkreis Elbing-Marien-burg festhält an der Verfassung, daß er sich nicht einverstanden erklärt mit einer derartigen Aufforderung zum Schwerverrat, wie sie unser Abgeordneter ausgesprochen hat. Die Pflicht, dagegen zu protestieren, ist eine doppelte, uns selbst und dem deutschen Volke gegenüber. Wollen wir bis zum Wahltage warten mit der öffentlichen Aussprechung unserer Empörung und Entrüstung über diesen unseren Abgeordneten, der uns vor ganz Deutschland, vor der ganzen Welt bloßstellt? Nein, treten wir einmütig alle zusammen vor die Öffentlichkeit mit dem Rufe: Weg mit Oldenburg!“

Noch einmal Oldenburg.

Gegenüber den Ablehnungs- und Verleumdungsversuchen der konservativen Partei gewinnt die Äußerung eines klassischen Zengen, des früheren Obersten Gädke, ganz besondere Bedeutung. Der ehemalige Kommandeur des 41. Feldartillerie-Regiments, ein Mann, also, dem niemand Kenntnis der Verhältnisse absprechen kann, schreibt im „Berl. Tagebl.“:

In seiner würdigen und wirkungsvollen Entgegnung stellte der Abg. Schröder das andre Ideal auf, das allein dem sittlichen Gefühl eines ehrenhaften Volkes entspricht: „Der Offizier dient dem Staate und hat in der Person des Monarchen dem Staate den Treueid geleistet.“

Für die Gegenwart muß ich seinen schönen Optimismus enttäuschen, ich weiß es besser. Der Geist, der in dem preussischen Offizierkorps mit allen Kräften und allen Mitteln großgezogen wird, ist nicht dieser, es ist der Geist des Herrn von Oldenburg. Was er blöde herausgepöbelt hat, ist die Ansicht unserer herrschenden Klasse, ist die der Militärverwaltung.

Daran ändert auch nichts der § 105 des Strafgesetzbuchs, der den mit Zuchthausstrafe von 5 Jahren bedroht, der es unternimmt, den Reichstag auseinanderzusprengen. Kein Offizier kennt ihn. Keiner wird darin unterwiesen!

Die selbe Verlogenheit der konservativen Partei, die diesen klaren Sachverhalt durch wahrheitswidrige Erklärungen zu verschleiern versucht, findet offenbar selbst in einem Teile der konservativen Presse nicht den erwünschten Anklang. So verabreicht die „Deutsche Tageszeitung“ ihren Lesern als Gegengift gegen die offizielle Erklärung ein Zitat aus der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung“, worin die Äußerung Oldenburgs als „erlösendes Wort“ gefeiert wird, „für das jeder Offizier dem Redner dankbar sein müsse“. Dazu bemerkt das Organ des Bundes der Landwirte:

Im Lande draußen ist die Oldenburgische Äußerung, wie es scheint, von unsern Freunden durchweg so aufgefaßt worden wie von uns. Das beweisen viele zum Teil recht drastische und recht begeisterte Zuschriften, die uns gestern und heute zugegangen sind.

Also, ein alter Offizier, der die Dinge von innen kennt, versichert, Oldenburgs Geist ist der Geist des Offizierkorps. Und die agrarisch-antisemitische Sunkermotte jubelt Herrn Oldenburg ebenso zu, wie es die konservative Reichstagsfraktion im ersten unbewachten Augenblick selber getan hat. Was bedeuten dagegen die kläglichen Ablehnungsversuche der konservativen Parteileitung?!

Der bisherige Verlauf des Falles Oldenburg zeigt, daß die Angelegenheit noch viel ernster zu nehmen ist, als sie zu Anfang erschien. Herr v. Oldenburg hat durch seine unvorsichtige und darum den konservativen Drahtziehern höchst unbequeme Äußerung eine große Gefahr enthüllt, von der das Deutsche Reich bedroht ist. Es ist Sache des Volkes, für seine Sicherheit zu sorgen und die heimtückischen Feinde zur Rechenschaft zu ziehen.

Sozialdemokratische Anträge.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auf zweiten Lesung des Stats drei weitere Resolutionen eingebracht. Zum Etat des Reichskanzlers wird beantragt, die verbündeten Regierungen um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, wonach der Reichskanzler für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich ist, diese Verantwortung sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers erstreckt und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers von einem Staatsgerichtshof geregelt wird.

Zum Etat für das Reichsamt des Innern beantragen die Sozialdemokraten, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, für die Wahlen zum Reichstage eine öffentliche Wahlurne für das Reich zu beschaffen, deren Konstruktion das Geheimnis der Wahlsicherheit und die Möglichkeit einer Kontrolle der Wähler

durch irgendwelche Manipulationen mit den Wahlwerten ausschließt.

Zum Marineetat wird die Einsetzung einer Untersuchungskommission für die Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Reichswerke beantragt. Die Kommission soll mit dem Recht eidlicher Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen versehen sein und Maßnahmen vorschlagen, die geeignet sind, eine Reform der Verwaltung auf sozialpolitischem, technischem und kaufmännischem Gebiete herbeizuführen.

#### Für 20 Millionen Mark Militärutde.

In der Budgetkommission kam es am Donnerstag früh zufällig zu einer allerliebsten Enthüllung. Von einem Militärgenossen wurde angefragt, wie es mit der Einführung der grauen Uniform stehe. Bei der sich hieran anschließenden Debatte wurde die ungeheuerliche Tatsache bekannt, daß die Kriegsverwaltung für 20 Millionen Mark Tuchvorräte besitzt. Auch diese Mitteilung sollte, so wünschte das der Stellvertreter des Kriegsministers, wie so vieles aus der Militärverwaltung, geheim bleiben. Das ging aber selbst der in ihrer Mehrheit sehr militärfrommen Kommission denn doch zu weit, und sie lehnte es ab, diesem Wunsche zu willfahren, weil das Bekanntwerden dieser Tatsache unserer Militärverwaltung recht unangenehm sein mag, aber unsere Landesverteidigung und die Sicherheit des Reiches doch sicherlich nicht beeinträchtigt werden. Die Beschlusfassung über den Posten „Bekleidung der Truppen“ wurde noch ausgeführt und dürfte die Angelegenheit in der nächsten Sitzung voraussichtlich nochmals erörtert werden.

#### Der agrarische Mitt nach dem Westen.

Die Konservativen denken ernstlich daran, das Erbe der Nationalliberalen, die im rheinisch-westfälischen Industriebezirk so ziemlich ausgespielt haben, anzutreten. In einer „Zuschrift aus dem Westen“ läßt sich die „Kreuzzeitung“ bestätigen, daß die Aussichten der Konservativen gute seien, denn:

Die konservative Weltanschauung kann mit berechtigter Genugtuung von sich sagen, daß sie während dieser Zeit nicht nur stets ihre Ideale hochgehalten, sondern auch dem Aufblühen unserer Industrie stets eine starke Stütze gewesen ist. Wenn in dieser Beziehung auf Gebieten, die im Vergleich mit dem Großen und Ganzen immer nur nebensächlich waren, häufig Meinungsverschiedenheiten entstanden sind, so lag das wesentlich an der ungenügenden äußeren Verbindung zwischen der Industrie und der konservativen Partei. Diese Beziehungen enger zu gestalten, ist eine nicht ganz leichte, aber auch um so lohnendere Aufgabe.

Die Konservativen rechnen vor allen Dingen damit, daß die rheinisch-westfälische Großindustrie mit dem parlamentarischen Verhalten der Nationalliberalen unzufrieden ist und es ist in der Tat auch anzunehmen, daß die konservative Art den dortigen Schachmachern besser paßt. Nebenbei spekulieren die Konservativen natürlich auch auf die Hilfe des mit ihnen verbündeten Zentrum.

#### Alldeutsche Unversfrorenheit.

Von der unglaublichen Unversfrorenheit, mit der sich die alldeutschen Hanswürste forgesetzt in Dinge mischen, die sie nichts angehen, hat jetzt die Reichsregierung einen schlagenden Beweis bekommen. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ brüht am Donnerstag den Briefwechsel zwischen den Alldeutschen und dem Reichskanzler. Die beiden Briefe sind es wert, daß man von ihnen Notiz nimmt. Das an den Reichskanzler gerichtete Schreiben besagt:

Die am 30. Januar 1910 in Düsseldorf als Vertreter von 39 Ortsgruppen tagenden rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes erachten es als vaterländische Pflicht auszusprechen, daß in ihren Kreisen das Auswärtige Amt alles Vertrauen verloren hat.

Diese Reichsbehörde hat fortgesetzt durch ihre Maßnahmen tatsächlich fremdländische Interessen zum Nachteil reichsdeutscher gefördert, ja geradezu dem Ausland die Waffen gegen deutsche Unternehmungen geliefert und in wichtigsten Fällen große reichsdeutsche Interessen schwer geschädigt.

Mit besonderer Sorge fragt die Versammlung, wie lange der Reichskanzler solches politisch und wirtschaftlich gleich schädliche Gebaren des Auswärtigen Amtes mit seiner Verantwortlichkeit decken will.

Der Reichskanzler hat darauf folgende Antwort an die Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes in Mainz geschrieben:

Der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes beehre ich mich mitzuteilen, daß mir aus Wülheim-Ruhr das beifolgende Schreiben zugegangen ist.

Es ist unverantwortlich, daß von Gliedern einer Organisation, die, wie der Alldeutsche Verband, nach ihren Satzungen im nationalen Sinne wirken will, gegen eine Reichsbehörde so unwürdige und beweislose Anschuldigungen geschleudert werden. Ich lehne es ab, diese Entschuldigungen entgegenzunehmen.

Der Reichskanzler.  
v. Bethmann-Hollweg.

Diese Abhürtelung der Alldeutschen ist mit Freuden zu begrüßen. In Deutschland nimmt diese Gesellschaft kein denkender Mensch ernst, desto mehr Wert legt aber das Ausland auf die Äußerungen der Alldeutschen, deren gemeingefährliches Treiben durch diesen Briefwechsel wieder einmal dargetan ist. Die Art, wie die Gebrüder Mannesmann ihre Interessen vertreten lassen, fängt an etwas toll zu werden.

#### Ein Polizeiminister nach dem Herzen der Junker.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses erledigte am Dienstagabend in einer Sitzung den umfangreichen Etat des Ministeriums des Innern. Hierbei wurde über die Unterbringung geisteskranker Verbrecher, Anstellung und Beförderung der landrätlichen Gehilfen, Fürsorge für Wohnungen der Gendarmen, Anstellung von Schulkindern u. a. m. gesprochen.

Die Konservativen beschwerten sich, daß nicht mehr Schulkindern gefördert werden. Man müsse mit dem Kriegsmünster in Verbindung treten, damit dieser sechs-jährige geübte Unteroffiziere abgebe. Die Schulkindern hätten es jetzt sehr schwer, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Ihr Dienst sei erschwert durch die Straßendemonstrationen. Wenn zu solchen „Bagatellen“ und „lächerlichen Straßendemonstrationen“ Militär in Anspruch genommen werden müsse, weil wir zu wenig Schulkindern hätten, so wäre dies bedauerlich. Der Minister dankte für diese Anregung; er will es mit Hilfschulkindern versuchen! Als dann von freisinniger Seite darauf hingewiesen wurde, daß nicht immer mit der nötigen Vorsicht und Umsicht vorgegangen worden sei, wie die Freisprechung zweier Demonstranten bewiesen habe, schwieg der Minister.

Das gleiche Verhalten zeigte der Minister auf eine nationalliberale Anfrage, die das Verbot der englischen Ansprache eines Arbeiterdelegierten aus England in Kiel betraf. Wenn der Minister auch den Willen habe, das Vereinsgesetz loyal durchzuführen, so lege sich anscheinend sein Wille nicht bis in die unteren Instanzen durch. Die Delegierten hätten hier in Berlin auf dem Friedenskongress englisch sprechen dürfen und seien von Behörden — ebenso von Städten — als Vertreter der Friedensidee empfangen worden. Wenn der Mann nach England komme und das erzähle, dann ständen wir im Auslande nicht gerade glänzend da. Auch von freisinniger Seite wurde darauf hingewiesen, daß diese Delegierten mit Staatsbeamten in Verbindung getreten seien. Der Minister verstedte sich hinter formellen Gründen. Nur sieben Beschwerden seien zu ihm gelangt; vier davon seien erledigt gewesen, bei dreien habe er Remedur eintreten lassen. Er halte aufs strengste darauf, daß das Gesetz loyal durchgeführt werde. Seine Aufgabe wäre aber nicht, jeden Tag den „Vorwärts“ zu lesen und die verzeichneten Fälle zum Gegenstand einer Berichterstattung zu machen. In den meisten Fällen beruhten die Klagen auf Mißverständnissen. In Kiel sei eine recht bedenkliche Bevölkerung vorzufinden. Die erwähnte Versammlung der Sozialdemokraten sollte stattfinden zur Zeit des schwedischen Generalkongresses, und da hätte alles getan werden müssen, um das Überpringen von Funken nach Deutschland fernzuhalten. Im übrigen sei die Sache beim Gericht anhängig.

Von dieser Antwort war der nationalliberale Redner nicht befriedigt, denn er hatte gewünscht, daß der Minister eine derartige Handhabung des Vereinsgesetzes mißbillige. Da dies nicht geschehen, sei als bewiesen zu erachten, daß er sie billige. Darauf schwieg der Minister. Im Plenum wird er wohl nicht mit Schweigen antworten können!

Außerdem war noch von Interesse eine Anfrage, wie es mit der Beseitigung der Einwirkung der Armenunterstützung auf die öffentlichen Wahlrechte stehe. Darauf wurde geantwortet, daß erst Erhebungen angestellt würden, inwieweit das Wahlrecht durch die Armenunterstützung beeinträchtigt werde. Erst wenn diese sehr sorgfältigen Erhebungen abgeschlossen seien, werde die Regierung entscheiden, ob es notwendig und zweckmäßig erscheine, den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten. Damit war die Budgetkommission zufrieden. Es fand sich niemand, der diese Erhebungen für überflüssig erklärte und sofortige Erfüllung der Forderung verlangte, die ein offenes Unrecht darstellt!

#### Block der Linken im weimariischen Landtag.

Die beiden Linksliberalen Gruppen im weimariischen Landtag haben sich mit den Abgeordneten der nationalliberalen Partei zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossen und einen aus drei Mitgliedern bestehenden Vorstand gewählt.

#### Die preussische Regierung gegen die Lehrer.

Die Regierung in Minden hat die von der Stadt Hagen beschlossene Zulage für Volksschullehrer im Betrage von 200 Mark pro Jahr nicht genehmigt, da besondere Feuerungsverhältnisse nicht anerkannt werden können.

#### Eisenach-Verbach.

Das amtliche Wahlergebnis der am 29. Januar im zweiten Wahlkreis des Großherzogtums Sachsen vollzogenen Reichstagswahl stellt fest: Abgegeben wurden insgesamt 2049 Stimmen. Davon erhielt Parteisekretär Leber (SD.) 10255, Justizrat Appellus (RL.) 5789 und Postverwalter Hädrich (Deutschloz.) 4631 Stimmen, 14 Stimmen waren zerplittert. Leber ist mithin gewählt mit 45 Stimmen über die absolute Majorität.

#### Die Berliner Arbeiter und des Januschauers Staatsstreichdrohung.

Am Abend desselben Tages, da die konservativ-ultramontan-nationalliberal-antidemokratische Mehrheit des Reichstags den Präsidenten stützte, der den Herrn v. Odenburg deckte, gab das Proletariat Berlins auf die freche Herausforderung des Januschauers die rechte Antwort. In drei großen überfüllten, polizeilich abgeperrten Versammlungen hat die Arbeitererschaft der Reichshauptstadt den staatsstreichlüsternen Sunkern gesagt, daß die Rechte des Volkes gedeckt werden durch die kampfbereite Arbeiterklasse. Und mit den Massen in den Versammlungen waren im Geiste eins die vielen Tausende, die keinen Einlaß mehr finden konnten und in dichten Scharen die Straßen in der Nähe der Lokale auf- und abwozten.

Die Empörung und die entschlossene Stimmung der Demonstranten fand in der Resolution Niederschlag, die in den drei Versammlungen einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

Die heutige Volksversammlung spricht ihre tiefste Entrüstung über die verbrecherischen Absichten aus, welche Herr v. Odenburg-Januschau unter dem Beifall und der Zustimmung der herrschenden Junkerklasse in der Reichstagsitzung vom 29. Januar geäußert hat. Die Versammlungen sind sich darüber klar, daß den preussischen Sunkern jeder Rechtsbruch, jede Gewalttat und jede Verfassungsverletzung zuzutragen ist, sie wissen aber auch, daß an dem festen Willen des arbeitenden Volkes diese Absichten elend zerfallen müssen. Den Zusammenhalt der Arbeitererschaft zu stärken, die wenigen Volksrechte in den bevorstehenden schweren Kämpfen zu verteidigen, ist die erste Pflicht aller freiheitlich denkenden Elemente im deutschen Volke. Dies geschieht am besten, wenn die versammelten Männer und Frauen den politischen und gewerkschaftlichen Organisations-

nen der modernen Arbeiterschaft beitreten, die sozialdemokratische Presse lesen und verbreiten. Die Verlammeten versprechen, all ihr Können dahin einzusetzen, um jederzeit gegen junkerliche Frechheiten und reaktionäre Gewalttat gerüstet zu sein.

Natürlich mußte auch die Berliner Polizei in ihrer gewohnten Weise „arbeiten“ und so gab es die üblichen Zusammenstöße.

#### Die Reichstagsmehrheit, die sich selbst nicht achtet!

Der „Hamburgische Korrespondent“ schreibt in Nr. 57 vom 1. Februar: „Mit Bedauern verzeichnen wir ein Telegramm, demzufolge der Reichstag heute zu Beginn seiner Sitzung Ledebours Beschwerde über den Erbprinzen Hohenlohe abgewiesen und das Abstimmungsresultat mit Heiterkeit aufgenommen hat. Damit ist eingetreten, was wir unter dem ersten Eindruck der Odenburgschen Provokation gefürchtet hatten: der Reichstag hat das Verständnis dafür, was die Würde des Parlaments erfordert, vermissen lassen. Nicht, als ob etwa die Nationalliberalen, die wir bei diesem Anlaß leider in der Mehrheit sehen, kein Gefühl für die Würde des Reichstags hätten. Aber sie sehen nicht den Zusammenhang zwischen der Streitfrage und der Würde des Parlaments.“

Die kurze Debatte, in der gestern am Schluß der Sitzung der Laibbestand kurz erörtert wurde, hatte die Vorgänge einigermaßen verdunkelt. Aber soviel steht doch fest: Erbprinz Hohenlohe hat den Sozialdemokraten Ledebour zur Ordnung gerufen, weil dieser seine Erregung darüber Luft gemacht hatte, daß Odenburg den Reichstag hatte entwürdigen dürfen, ohne deswegen vom Vizepräsidenten Hohenlohe gerügt zu werden. Dabei wird keiner der beleidigenden Ausdrücke, die am Sonnabend gegen Hohenlohe fielen, gerade dem Abgeordneten Ledebour zugeschoben. Er hat nur getan, was im englischen Unterhause oft geschieht, hat den Präsidenten aufgefordert, einen Erzedenten zur Ordnung zu rufen. Er war dabei schon insofern im Recht, als der Präsident unzweifelhaft eine Pflicht versäumt hatte. Das hätte man heute bei der Abstimmung über die Ledebourische Beschwerde in Betracht ziehen sollen.

Ein Präsident, der im kritischen Augenblick versagt, verwickelt, bis Remedur eingetreten ist, den Anspruch, Ordnungsrufer zu erteilen, zumal wenn er selbst, eben wegen seiner Veräumnis getroffen worden ist.

Selbst wenn Erbprinz Hohenlohe jetzt endlich freiwillig aus dem Präsidium scheidet, ist der heutige Beschluß, ist auch die Heiterkeit nicht aus der Welt zu schaffen. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages hat die parlamentarische Würde nicht hinreichend geschützt. Und die Sozialdemokratie wird ihr dafür bald die Rechnung präsentieren.“

#### Die Wirkung der Schnapsblockpolitik

trifft immer deutlicher aus den Resultaten der Nachwahlen zutage. Seit dem 20. Juli fanden in sieben Kreisen Nachwahlen statt. Bei den Hauptwahlen 1907 wurden in diesen Kreisen 198481 Stimmen abgegeben, wovon 130370 Stimmen auf die Gegner und 68111 = 34 Proz. auf sozialdemokratische Kandidaten entfielen.

Bei den Nachwahlen wurden 176175 Stimmen abgegeben, wovon die Gegner 93923 Stimmen und unsere Genossen 82252 Stimmen = 46 v. H. erhielten. Die Gegner haben also bei diesen sieben Nachwahlen einen Verlust von 36447 Stimmen und die Sozialdemokratie einen Gewinn von 14141 Stimmen.

Noch besser tritt es in den Resultaten zutage. Von den sieben Mandaten fielen fünf an die Sozialdemokraten, eins an das Zentrum und eines an die Konservativen.

#### Rußland.

Das Los der Freiheitskämpfer. Sechs ehemalige sozialdemokratische Deputierte der zweiten Duma wurden zur Zwangsarbeit nach Sibirien transportiert. Alle sind in Ketten gelegt worden.

#### Türkei.

Die Türkei und Bulgarien. Die Bulgaren haben sich in den letzten Tagen sehr erregt über ein in Saloniki gefälltes Urteil gegen eine bulgarische Räuberbande mit politischem Deckmantel. Jetzt hat, wie aus Konstantinopel berichtet wird, die türkische Regierung beschlossen, die acht Todesurteile, die das Gericht am 27. April wegen des Überfalles in Newrokok gegen acht bulgarische Bandenmitglieder gefällt hat und die den Anstoß zu der Protestbewegung gegeben haben, in Freiheitsstrafen umzuwandeln.

Wohl als eine Mahnung an die kleinen Balkanstaaten hat die Türkei militärische Maßnahmen getroffen. „Zum Zwecke von vierwöchigen Übungen“ zwischen Katerina und Clossona werden ungefähr zwanzigttausend Reservisten des dritten Korps einberufen. Ein Major und drei Hauptleute sind zur Besichtigung der Befestigungen an der griechischen Grenze abgegangen.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 4. Februar.

Das kleine amtliche Witzblatt, welches unter dem Titel „Lübeckische Anzeigen“ erscheint, produziert wieder einmal einige seiner bekannten unfreiwillig-komischen Kapriolen. Es druckt zunächst aus der Reichs-Verbandskorrespondenz einen Artikel ab, in dem es den Freisinnigen, die ihm neulich eine klatschende Ohrfeige versetzten, gegen die Sozialdemokraten beizuspringen verurteilt. In Ausdrücken wie „sozialdemokratische Begehrlichkeit und Geschäftigkeit“, „Scharbeut“, „angenehme Mäcke“, „gewissenloses Treiben der sozialdemokratischen Führer“ wühlt es dabei, wie ein gewisses Vorstentier in den für die Befruchtung des Afers unentbehrlichen Duftenden Überbleibseln der Verdauungsstätigkeit. Und das alles, weil der „Vorwärts“ und mit ihm wohl alle gerechtfertigten Männer der Ansicht sind, daß ein Betrieb, der Gewinnbeteiligung für die dort beschäftigten Arbeiter eingeführt hat, davon die freigewerkschaftlich Organisierten nicht ausschließen darf. Es wird wohl nicht lange dauern, dann bringt unser Amtsblatt, wie das ja bei ihm üblich ist, einen Artikel, der den heute von ihm abgedruckten widerlegt. Deshalb können wir uns

weiteres sparen. — Sehr erheitend ist es ferner, wenn die „Lübeckischen Anzeigen“ heute einen Auszug aus dem stenographischen Berichte über die deut-würdige Reichstags-Sitzung, in der Junfer Odenburg zum Verfassungsbruch anforderte, bringen, damit den Beweis liefern, daß der Ordnungsruf gegen Ledebour unbegründet war und dann am Schluß sagen, daß der Einspruch des Abg. Ledebour gegen den Ordnungsruf abgelehrt werden mußte. O heilige politische Einfalt! Hätte sich die Amtsblattredaktion zunächst bei ihrem Hamburger Korrespondenten Rat geholt, so würde sie sicherlich, wie dieser, folgendes gedruckt haben: „Mit Bedauern verzeichnen wir ein Telegramm, demzufolge der Reichstag heute zu Beginn seiner Sitzung Ledebours Beschwerde über den Ordnungsruf abgelesen und das Abstimmungs-Resultat mit Heiterkeit angenommen hat. Damit ist eingetreten, was wir unter dem ersten Eindruck der Odenburg'schen Proklamation gefürchtet hatten: der Reichstag hat das Verständnis dafür, was die Würde des Parlaments erfordert, vermissen lassen. Nicht, als ob die National-Liberalen, die wir bei diesem Anlaß leider in der Mehrheit sehen, kein Gefühl für die Würde des Reichstags hätten. Aber sie sehen nicht den Zusammenhang zwischen der Streiffrage und der Würde des Parlaments.“ Wir zweifeln nicht daran, daß die „Lübeckischen Anzeigen“ dem-nächst, wenn die entsprechende Matrix eingegangen ist, dasselbe Verständnis für die Würde des Parlaments besitzt, wie der „Domb. Correspond.“ Bis dahin hat es allerdings mit der Verständnislosigkeit sein Bewenden.

Die Ortskrankenkasse zu Lübeck hatte am 1. Februar 1910 18528 Mitglieder gegen 17868 im Jahre 1909. Auf Männer entfielen davon 12744 (1909 12405), auf Frauen 5784 (1909: 5463). Erwerbsunfähiger waren am letzten Jan. 1910: Männer 459 (1909: 459) und Frauen 292 (1909: 291). Ausweisliche für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Jan. 1910 (1909: 1798) erteilt. Sterbegeld wurde im Jan. für Mitglieder in 6 Fällen, für Angehörige in 42 Fällen gewährt. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Versicherung der Mitgliedschaft im Anschluss an die beendete Versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Jan. 26 Abweigerungen erfolgen müssen. Abtretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die jagungsmäßigen Verhaltungsbestimmungen waren in 15 Fällen mit Strafe zu belegen.

Eine Übersicht über die Zahl und den Inhalt der im Jahre 1909 in Lübeck angekommenen und abgegangenen Schiffe veranschaulicht das hiesige Stenogramm. Wir entnehmen der Übersicht folgendes:

Flagge:	Angelommen.		Abgegangen.	
	Zahl der Schiffe.	cbm	Zahl der Schiffe.	cbm
Deutsche:				
Lübecker	336	371 323	331	368 390
Bremer	46	61 673	45	60 841
Hamburger	63	58 755	64	61 811
Mecklenburger	286	66 765	284	68 090
Odenburger	1	2 617	1	2 617
Preußen auschl. Schleswig-Holstein	202	230 328	200	229 662
Schleswig-Holsteiner	347	90 508	319	90 479
Dänische	300	216 015	300	215 695
Englische	14	45 572	15	47 722
Französische	1	1 650	1	1 650
Niederländische	15	11 879	15	11 879
Norwegische	33	64 685	34	68 925
Russische	272	271 931	267	265 450
Schwedische	1016	692 041	1003	680 797
Insgesamt	2912	2225 539	2897	2216 478

Im Jahre 1909 kamen hier 2751 Schiffe mit 2 015 880 Kubikmeter an, während 2760 Schiffe mit 2 019 911 Kubikmeter von hier ausgingen. Von den hier im Jahre 1909 angekommenen Seeschiffen waren 793 Sealer mit 211 743 Kubikmeter und 2119 Dampfer mit 1 983 791 Kubikmeter.

Trinkt kein Bier zu erhöhten Preisen! So lautet der Beschluß, den hier in Lübeck eine Volksversammlung mit großer Mehrheit gefaßt hat. Bierkonsumenten richtet euch darnach!

Verschunden ist seit Sonnabend, dem 29. Januar Frau C. Dicker verw. Meyer geb. Leopold. Sie war bekleidet mit einem schwarzen Mantel, Pelz, Halbschuhen und einem grauen Kopftuch. Gewaig Nachrichten über den Verbleib der Vermissten wollte man an die Verwandten, Heinrichstraße 18 im Flügel, oder an das Polizeiamt gelangen lassen.

Erloschene Seuche. Die Schweinepeste auf dem Gehöfte des Weierbüschers Krogiann auf Krummseehof ist erloschen. Die angeordneten Spermaßregeln sind aufgehoben.

Das Gastspiel des Wissenschaftlichen Theaters der Urania zu Berlin wird, wie wir bereits mitgeteilt haben, am Sonntag und Montag nachmittag 8 Uhr im Neuen Stadttheater stattfinden und Vorstellungen bringen, die in Berlin Hunderte von Aufführungen erlebt haben. In Form von großen Dioramen und Wandelpanoramen mit glänzenden Lichteffekten werden großartige Natur- und Lebensbilder in Wort und Bild über die Bühne gehen. Der erste Nachmittag führt uns „Von der Zugspitze zum Wagnern“, er schildert Streifzüge in die herrlichsten Oberbayerns. Wir besuchen die prächtigen Alpenseen, das gemaltige Wettersteingebirge türmt sich empor und über der Föhnle von Garmisch und Partenkirchen ragt das schneeige Massiv der Zugspitze, des höchsten deutschen Berges. Der zweite Nachmittag spielt „Am Golf von Neapel“. Es ist eine Frühlingssahrt zum Gestade der Sirenen und Inflowen, die uns ins Reich des feuerpeinenden Vesuvus führt. Neapel ist der Mittelpunkt dieser Wirklichkeit gewordenen Ideallandschaft, von der das bekannte Wort geht: Neapel leben und sterben! Einen tragischen Wechsel in die Flucht der Erscheinungen bringe der Untergang von Pompeji; dann aber erleben wir seine Wiederauferstehung in den aus der Asche begrabenen Trümmern. Die zweite Abteilung des Abends ist Capri gewidmet, der Wunderinsel mit der blauen Wundergrotte. Noch sei zum Schluß bemerkt, daß die Darbietungen nicht bloß für Erwachsene bestimmt sind, sondern daß sie auch einen Anschauungs-Unterricht der reizvollsten Art darstellen, wie man ihn für Schüler und Zöglinge von Instituten sich nicht besser wünschen könnte.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Sonnabend, abends 7 Uhr, gelangt Wagners große Oper „Lohengrin“ zur Aufführung. Als Ortrud wird Fräul. Sengern vom Stadttheater in Leipzig, welche als Vertreterin des hochdramatischen Faches für die nächste Spielzeit in Aussicht genommen ist, ein Gastspiel absolvieren. Sonntag abend 7 Uhr gelangen bei Mittelpreisen als einmalige große Doppel-Vorstellung das spannende Schauspiel „Der Wandere“ von Paul Lindau und hierauf der Schwanz „Liesestücken“ von Gobbins zur Aufführung. — Am Montag abend 7 Uhr geht Wagners Musikdrama „Sieg-

fried“ mit Herrn Pennafini als Gast in der Follerköln in Szene.

Schlusssatz. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen — Sonnabend — von 4 bis 7 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Freese statt.

Hamburg. Schwere Schiffsunglück auf der Unterelbe. Schwere Seerente erlitten. Am Mittwoch abend 7 Uhr 10 Minuten kollidierte der von Hamburg mit 400 Tonnen Weizen nach Falkenberg in Schweden abgegangene schwedische Dampfer „Annie“ zwischen Steinfischen und Krautland, bei Bielenberg, mit dem im Schlepptau der Schleppdampfer „Gato“ und „Guhaven“ von Torquilla mit einer Ladung Salpeter ankommenden Hamburger Dampfschiff „Susanna“. Es war helles, klares Wetter, der Dampfer ist durch irgend einen Umstand aus seiner Fahr- richtung gekommen und rannte auf das Segelschiff. Die beiden Schleppdampfer konnten noch rechtzeitig nach der Steuerbordseite ausweichen, so daß sie von dem Dampfer frei kamen. „Annie“ streifte dann an der Backbordseite den Bug des Schiffes und geriet gegen den Backbord-anker, der auf dem Segelschiff, klar zum Fallenlassen, außer Vordrs hing. Der Anker drang in die Platten der „Annie“ ein und riß ihr unter der Wasserlinie die ganze Seite auf. Das Wasser drang sofort in den Schiffsraum ein und in etwa zwei Minuten war der Dampfer bereits in der Tiefe ver- schwunden. Die beiden Schleppdampfer „Gato“ und „Guhaven“ warfen sofort die Schlepptrassen los und eilten zur Rettung der Schiffsteute herbei. Auch der Schlepp- dampfer „Thor“ befand sich in der Nähe und war herbei- geeilt. Zunächst konnte der Kapitän und der Lotse gerettet werden, die sich auf der Kommandobrücke befunden hatten. So nach und nach konnten noch weitere Schiffsteute gerettet werden. Die beiden Steuerleute und noch weitere vier Mann konnte man jedoch nicht auffinden. Diese haben den Tod in den Wellen gefunden. Die Vereitern wurden von dem Schleppdampfer „Guhaven“ übernommen und in der Nacht zum Donnerstag nach Hamburg gebracht, wo man sie einstweilen im Seemannshaus unterbrachte. Von dem Segelschiff „Susanna“ hatte man, als der Anker in die Schiffswand eingedrungen war, die Kette bis auf 30 Faden steppen lassen. Der Anker ist in dem Loch sitzen geblieben. Man hatte gleich nach der Kollision ein Boot angelegt, mit dem man die Unfallstelle noch mehrere Stunden abfuhr, man fand aber keinen Menschen mehr. Dem Bericht der „H. N.“ entnehmen wir noch folgendes: Der Dampfer sank sofort, wobei der Kessel explodierte. Die an Deck befindliche Mannschaft trieb gleich darauf hilf- los im Strome umher. Die unter Deck befindlichen Leute wurden mit Ausnahme der beiden Heizer, die an Deck gekürzt waren, mit dem sinkenden Schiffe in den Wellen begraben. „Gato“ und „Guhaven“ warfen sofort die Schlepp- trassen los und versuchten die hilflos im Wasser treibenden Leute zu retten. Ihnen gelang es, den Kapitän, den Lotsen, die beiden Heizer und den Steward beim Wellentode zu entzweigen.

Hamburg. Einer entsetzlichen Roheit hat sich der Dragoner C. von dem in Weg liegenden Dragoner-Regiment Nr. 13 schuldig gemacht, als er noch im Herbst v. J. hier als Kutscher tätig war. Am 18. September zechte C. in einer Wirtschaft in Warmbeck und forderte den ihm völlig unbekanntem 19-jährigen Stultateur L. auf, für ihn und seine Freunde Bier zu bezahlen. Da L. sich weigerte, schwor C. ihm Mache, lauerte ihm auf der Straße auf, schlug ihn durch Faustschläge auf die Augen zu Boden und trampelte mit seinen Absätzen auf den Weinen des Wehrlosen umher, sodas der eine Unterschenkel mehrfach gebrochen wurde und begab sich dann in die Wirtschaft zurück, wo er sich mit seiner Tat brüstete. Der Stultateur ist 17 Wochen lang erwerbsunfähig gewesen und hat einen dauernden Schaden davongetragen. C., der sich mit Trunkenheit entschuldigte, wurde zu 9 Monaten Gefängnis und zu einer an den Ge- schädigten zu zahlenden Buße von 2000 Mk. verurteilt und wegen Fluchtverbuchs sofort in Haft genommen.

Hamburg. Eine Falschmünzerwerkstatt hat die Polizei in der Behausung eines Kellners Namens Schmidt in der Erichstraße entdeckt und zwar infolge der Verneh- mung des vor etwa 10 Tagen in Warmbeck bei der Ver- ausgabung eines falschen Zweimarkstückes abgefaßten Heizungs- monteurs Schwarz. Schmidt und Schwarz waren intime Freunde und haben die Falschstücke gemeinsam angefertigt. In der Wohnung des Schmidt fand man eine alte und eine neue noch nicht benutzte Gipsform zur Herstellung der Zwei- markstücke. In der neuen Platte steckte noch ein echtes Zwei- markstück zur Auffertigung der Form. Die Logiswirtin ist ebenfalls überführt, ein Falschstück in Verkehr gesetzt zu haben. Unter dem Verdacht der Verausgabung der Stücke wurden noch ein 23-jähriges Mädchen und ein 23-jähriger Marktreisender, die man beide in der Schmidt'schen Wohnung antraf, festgenommen. Schmidt wurde dem Untersuchungs- richter zugeführt. Über den Umfang der verausgabten Fal- schstücke ist noch nichts bekannt.

Wandsbek. Kindesmord. Im Gebüsch an der nördlichen Seite der Schilleranlage wurde Mittwoch nach- mittag die Leiche eines neugeborenen, kräftig entwickelten Kindes aufgefunden. Anscheinend ist es mit einem Schürzen- band, das sich noch um den Hals der Leiche befand, er- droffelt worden. Neben der Leiche lag ein Paket mit einer graublau und rotbraun gestreiften Schürze und einer weiß- blau gestreiften Bluse.

Rehse. Verurteilte Geldspindler. Die Strafammer verurteilte vier gefährliche Geldspindler, die einer Einbrecherbande angehörten und aus Hannover stammten, zu nachfolgenden Strafen: Es erhielten Karl Weinreich 5 Jahre Zuchthaus, Friedr. Kreher 3 Jahre Zuchthaus, Heinrich Rosen 2 Jahre Zuchthaus und der 17- jährige Ludwig Rosen 3 Jahre Gefängnis. Die Verbrecher hatten in der Nacht auf den 31. Dezember v. J. beim Gast- wirt Ehlers Lagerdorf einen schweren Einbruch verübt und den Geldschrank geprenzt und beraubt. Das Urteil wurde begründet auf Bandendiebstahl und Mitführung von Waffen.

Pohnsdorf. Feuer. Gestern morgen 11 Uhr brante die Käuherkate des Bauers Kuhlmann in Pohnsdorf — zwischen Stockelsdorf und Curau gelegen — total nieder. Dieselbe wurde von dem Arbeiter Sartens bewohnt. Die

Entstehungsursache des Feuers ist bis jetzt noch nicht fest- gestellt.

Schleswig. Preussische „Sparsamkeit“. Die Domänen in Nordschleswig werden für die preussischen Steuerzahler ein recht teures Vergnügen. Nicht nur, daß ganz exorbitante Preise gezahlt sind, es kommt noch hinzu, daß an eine Verzinsung der hineingesteckten Millionen nicht zu denken ist. Wenn der preussische Staat selber zu 4 Proz. leihen muß und steckt dieses Geld in Unternehmungen, die viel weniger abwerfen, so ist das alles andere denn weise oder kaufmännisch gehandelt. Nach den Nachkommen ver- zinsen die einzelnen Domänen das für sie angelegte Geld wie folgt: Rühlsminde 3 1/2 Proz., Möddinghof 2 1/2 Proz., Stortholm 2 1/2 Proz., Ballegaard 2 1/2 Proz., Nautruphof 2 1/2 Proz., Manberg 2 1/2 Proz., Harsaldsholm 2 1/2 Proz. und Augustenburg Herrnhof 2 1/2 Proz. Das ist die preussische Länderepolitik.

Tondern. Noch ein Opfer der Schneestürme. Bei Gramby wurde ein Handwerksbursche gefun- den, der erfroren in einer Schneewehe lag. Soweit jetzt bekannt, haben die Schneestürme im nördlichen Schleswig fünf Personen das Leben gekostet, davon vier Handwerks- burschen.

Hadersleben. Dänenaussweisung. In Scher- ver wurde gestern weiter ein dänischer Untertan ausgewiesen.

Bremerhaven. Nachwirkungen des Bierkrie- ges. In der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für Bremerhaven kam der verflozene Bierkonk- erneut zur Erörterung. In einer leghin stattgefundenen ge- meinsamen Partei- und Gewerkschaftsversammlung waren die Gastwirte scharf angegriffen worden. Einzelne Rebner sollen die Wirte schwer beleidigt und in ihrer Ehre gekränkt haben. Aus diesem Grunde haben die in der Partei tätigen Gastwirte ihre Mandate der Parteiverammlung zur Ver- fügung gestellt. Vor Eintritt in die Diskussion verlas der Vorsitzende, Genosse Seyer, ein Schreiben von fünf Stadt- vorordneten, die ihre Mandate dem sozial- demokratischen Verein zur Verfügung stel- len, ferner ein zweites vom Verband der freien Gastwirte, die ebenfalls ihre Parteimandate niederlegten. Genosse Biegler bedauerte lebhaft, daß die Wirte die Bierkonk- Angelegen- heit nochmals aufzühnen und gleich eine Staatsaktion dar- aus machten. Der Streit mit den Wirten sei während des Konk- wegen der gegenseitigen Interessensvertretung ent- standen. Es wäre besser gewesen, die Wirte hätten an den Arbeiten der Konk- Kommission gar nicht teilgenommen. Die weitere sehr lebhaft, zum Teil erregte Debatte fand gegen 1 1/2 Uhr morgens mit der Annahme folgender Resolution ihr Ende: „Die Mitgliederversammlung des Sozialdemo- kratischen Vereins Bremerhaven spricht über die Tätig- keit der Stadtverordneten ihre Befriedigung aus, und wünscht, daß sämtliche Genossen ihr Amt als Stadtverordnete weiter vertreten. Ebenfalls ist die Versammlung der Ansicht, daß sämtliche Genossen ihre Ämter in der Partei weiter- führen.“ — Die Wahlrechtsfrage in Bremer- haven. Auch die Stadt Bremerhaven besitzt bis jetzt ein Klassenwahlrecht, das nimmere durch die Schaffung der neuen Verfassung geändert werden soll. Die liberale Mehr- heit im Parlament will entgegen der Forderung unserer Parteigenossen des Klassenwahlrecht nicht nur beibehalten, sondern es sogar aus der Verfassung heraus haben. Es soll verfassungsmäßig geregelt werden. Ein sogenanntes Notgesetz will man schaffen und später jeberzeit nach Belieben der liberalen Mehrheit abändern. Dieses muß verhindert werden. Das Defizit, mit dem die Stadtfinanzen immer zu tun haben, erfordert in Zukunft wieder neue Steuern. Die liberale Mehrheit ist jedoch Anhänger indirekter Steuern. So ist zu erwarten, daß die breiten Massen mit dieser Steuer mehr be- lastet werden als der Besitz. Für das Volksbildungs- wesen, die Volksschulen usw. wird von der liberalen Mehr- heit ebenfalls nicht das getan, was geschehen könnte und was auch für die Kinder der besitzenden Klasse geschieht. Eine Befundung der jetzigen Verhältnisse kann nur dann eintreten, wenn ein Parlament geschaffen wird, das auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt ist. Dieses zu erkämpfen, wird die Aufgabe der Klassenbewußten Arbeiterklasse von Bremer- haven sein.

Odenburg. Aus den Organisationen. Der Bericht des Parteisekretariats für Odenburg und Ostfriesland für das vierte Quartal 1909 beschäftigt sich eingehend mit den Erfolgen der Sozialdemokratie bei den Kommunalwahlen in dieser Zeit. Außer dem großen Erfolge im Amte Rühringen erlang die Sozialdemokratie in Odenburg so- wohl im Gemeinderat wie im Schulausschuß die Mehrheit. In Delmenhorst wurden bei der Verhältniswahl fünf Ge- nossen in den Stadtrat und vier in die Stadtgebietsver- tretung gewählt. Drei Genossen wurden zum ersten Male in Hasbergen, einer in Barel in den Stadtrat gewählt. In Odenburg wurden in die Stadtgebietsvertretung vier Ge- nossen, in Warfeth, Schwortens und Sande die Kandidaten der Arbeiterkommunalvereine, meist Parteigenossen gewählt. Ein erheblicher Stimmenzuwachs ist in allen Orten zu ver- zeichnen. Jugendorganisationen wurden in Odenburg, Odenburg und Delmenhorst neugegründet und entwickelt sich gut. Die wissenschaftlichen Vortragskurse des Genossen J. Borchardt-Berlin erlitten sich allerorts guten Besuchs und haben sehr angesprochen. Die Mitgliederzahl in den drei odenburgischen und dem 1. und 2. hannoverschen Reichs- tagswahlkreise liegt auf 5226 männliche und 1082 weibliche; gegen das vorige Quartal mehr 80 männliche und 75 weib- liche Mitglieder.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. In Mozarts „Zauberflöte“ sang gestern Herr Weiker von einer Wiener Operetten- bühne den Sarastro. Da Herr Weiker dafür ausersuchen ist, in der kommenden Spielzeit Herrn Bütges zu ersetzen, so verdient das Gastspiel immerhin einiges Interesse. Es wäre wohl verfrüht, nach diesem einmaligen Auftreten von einem Engagement des Künstlers direkt abzuraten, denn es können ihn verschiedene Umstände an der freien Entfaltung seiner Stimmittel und in seiner darstellerischen Betätigung hindern haben. Sein Baß klang in der Höhe gar nicht übel, in der Mittellage dagegen reichlich trocken. Die nötige Tiefe ist wohl vorhanden, aber in dieser Tonlage erwies sich das Or- gan gestern als zu wenig tragfähig. Die Partie des Sarastro stellt in schaupielerischer Beziehung nur außerordentlich ge- ringe Anforderungen an ihren Vertreter; aber auch diesen Anforderungen genügte der Gast nicht immer. Öffentlich erhalten wir bei einer späteren Gelegenheit einen günstigeren Eindruck von der Leistungsfähigkeit des Künstlers. Die Be- setzung der übrigen Partien war die als vortrefflich bekannte P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

In allen Abteilungen haben die  
**zurückgesetzten Preise**  
 nur noch heute und morgen Gültigkeit.

**Reste** u. Abschnitte Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Leinen- und Baumwollwaren, Bettzügen, Bettsatins und Damaste, Bett-Inletts, Schürzenstoffe, Waschstoffe, Mousseline, Gardinen, Hemdentuch, Möbelstoffe etc.

**33 1/3 % Rabatt.**

**Rudolph Karstadt.**

Vortreffliche Hustenbonbons  
 20 Pfg. und 30 Pfg.  
 Adler-Drogerie, Schwartau.  
 Inh.: Robert Tern.

Feinste gelbe  
**Esskartoffeln**  
 Mt. 550; hochf. Magn. bonum,  
 französ. u. Gesellschaftskartoffeln  
 aus frostfreiem Keller billig frei Haus.  
 Beste Bezugsquelle für Wieder-  
 verkäufer.  
**C. Heese, L. Jacobsen Nachf.**  
 Meierstr. 26. Tel. 1440.

**Achtung! Arbeitslose!**

Dieserigen Arbeitslosen, welche auf die von der Lübecker Genossenschaftsbäckerei zu verteilenden Brote Anspruch erheben, haben sich

**am Montag, dem 7. und Dienstag, dem 8. Februar 1910,**

abends von 7-8 Uhr, an folgenden Stellen zu melden.

**Innere Stadt:**  
**H. Heitmann, Gewerkschafts-**  
 haus, Zimmer Nr. 4.  
**A. Beck, bei Schröder,**  
 Leberstr. 3.

**Burgtor:**  
**A. Jäger, Arminstr. 96, 1. Stg.**

**Holstentor:**  
**A. Weitendorf, Friedenstr. 15,**  
**B. Lotzow, Meierstr. 48.**

**Mühlen- und Gürtentor:**  
**D. Möller,**  
 Grönsförder Allee 105a,  
**C. Sandgaard, Augustenstr. 16.**

**Schwartau:**  
 Genosse **A. Beck** wird am Sonntag, dem 13. Februar 1910,  
 nachmittags von 2-3 Uhr, im Gasthaus „Transvaal“ zur  
 Entgegennahme von Meldungen anwesend sein.

Später sich Meldende können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Brotausgabe findet an ver-  
 schiedenen Tagen statt und wird den Betreffenden der Zeitpunkt mitgeteilt, wo und wann sie sich das Brot  
 abholen können.

**Die Kommission.**

**Empfehlen:**  
**Pr. dickes, kernfettes**  
 Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.  
 „ Bratenstücke Pfd. 65, 70 „  
 „ Beefsteak Pfd. 100 „  
 „ Rollfleisch „ 80 „  
 „ Gulasch „ 70 „  
 „ Gehacktes „ 70 „  
 „ Hammelfleisch „ 80 „  
 „ Kalbfleisch Pfd. von 60 Pf. an  
 Schweinefleisch Pfd. 80 Pfg.  
 sow. jämtl. Fleisch u. Würstwaren  
 zu billigsten Tagespreisen.  
 Jeden Sonnabend von 5 Uhr an  
**Heiße Knackwurst.**

**H. Schmalzfeld & W. Mamerow,**  
 Schlachterei und Würstwareneri.  
 Reiterstrasse 26. Fernruf 2152.

**Adolf Hübner** Uhrmacher u. Gold-  
 arbeit, Sünshaus 13

**Ger. Schweinsbatten**  
 ohne Knochen per Pfund 75 Pfg.  
**la. Schweinefleisch 75 Pfg.**  
 Bratenstücke, Pfd.  
 Junges fettes Rindfleisch 60 Pf.  
 Rollfleisch 80 Pf. Scheibenbeefsteak  
 1 Mt., kleine Rauchstücke 85 Pf.,  
 Kohlwurst 60 Pf.  
 gef. Mettwurst 70 Pf., Leberwurst  
 70 Pf., Prechwurst 50 Pf.  
**Bestes weißes Schmalz**  
 von nur eigenen Schlachtungen,  
 per Pfd. 85 Pf., bei  
 Abnahme v. 4 Pfd. Pfd. 80 Pfg.  
 Anheiter per Pfd. 50 Pf., bei Ab-  
 nahme von 2 Pfd. per Pfd. 45 Pf.  
 Schwarzsauer 10 Pfg.  
**M. Lahrtz,** Böttcherstraße  
 15.

**Fischhalle Hansa**  
 Fünfhausen 33  
 empfiehlt sich bei Bedarf an Fischen.

**Empfehle zum Sonntag:**  
 Prima ig. kernfettes Quetsfl. 65 Pf.  
 „ ig. kernfettes Rindfl. 60 Pf.  
 „ Bratenstücke 65-70 Pf.  
 „ Roastbeef 70 Pf.  
 „ Rollfleisch 80 Pf.  
 „ Beefsteak 100 Pf.  
 „ Gehacktes 70 Pf.  
 „ Schweinefl. (Schinken) 80 Pf.  
 „ Kalbfleisch 60 Pf.  
 „ Keulen 70 Pf.  
 „ Hammelfleisch 80 Pf.  
 „ Hammelfleisch (Steil) 90 Pf.  
**Schlachterei Hürstraße 79**  
 Vertr. Karl Jürgensen.

**Holsten-Automat**  
 G. m. b. H.  
**Holstenstr. 14.**  
 Warme und kalte Speisen  
 Feinste belegte Brötchen 10 Pfg.  
 Helles u. dunkles Bier 10 Pf.  
 Fremden und hiesigem Publikum  
 bestens empfohlen.  
**Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.**



**Krawatten**  
 in grösster Auswahl  
 sowie sämtliche  
**Herren-Artikel**  
**Hans Kamerhuis**  
 Ob. Wahmstr. 17.

**Betten, Bettfedern**  
 u. a. **Betten-Artikel**  
 kaufen Sie billig und recht bei  
 Markt **Otto Albers** Kohlmart  
 4. **10.**  
 z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mt. an.  
 Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mt.  
**Rote Lubeca-Marken.**

Uhrfeder einsetzen 1.50 M.  
 Taschenuhr reinig. 1.50 M.  
 1 Jahr Garantie.  
**Ernst Gentzen,** mach  
 Königsstr. 62, b. d. Gärtn.  
 Gebete rote Radatmark

**Heiße Knackwurst,**  
**Bratwurst**  
**Leberwurst** } St. 10 Pf.  
**Kopffleisch.**  
**Heinr. Viereck**  
 Hürstraße 96.

**Prima Kaffeler Kippespeer**  
**Gl. Rauchstücke, geräucherte**  
**Käse, frische Kohlwurst**  
 sowie sämtliche  
**Fleisch- und Würstwaren**  
 in bekannter Güte.  
**Oscar Keil**  
 Schlachterei u. Würstwareneri  
 mit elektr. Betrieb  
 Schwart. Allee (Gde. Westhörnstr.)  
 Fernsprecher 1447.

## Die neuesten Erfahrungen mit den städtischen Arbeitslosen-Versicherungen in Deutschland.

Die soeben erschienene Nummer des „Reichs-Arbeitsblattes“ bringt eine Übersicht über die Tätigkeit der städtischen Arbeitslosen-Versicherungen in Deutschland. Sie ist deshalb besonders wichtig, weil sie sich auf das Jahr 1908/9 bezieht, also auf eine Zeit der wirtschaftlichen Krise.

Leider haben erst sehr wenige Städte eine Arbeitslosen-Versicherung, nämlich nur Köln a. Rh., Straßburg i. E. mit Schlittgheim und Bismheim, Erlangen und Mühlhausen i. E. Letztere Arbeitslosen-Versicherung scheidet aber für unsere Bearbeitung aus, da die Versicherung erst am 1. Dezember 1909 ins Leben getreten ist.

Um ein Bild von der praktischen Bedeutung der städtischen Arbeitslosen-Versicherung zu erlangen, sei angeführt, daß die Versicherungen in ihrem letzten Geschäftsjahre Unterstellungen geleistet haben in Köln für 37 971 1/2 Tage, in Straßburg für 4989 Tage und in Erlangen in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Dezember 1909 für 1892 Tage. Wir haben es also mit recht bescheidenen Versuchen zu tun, die aber zu sehr beachtenswerten Ergebnissen geführt haben.

Die Versicherung in Köln hat 1957 Versicherte. Der Versicherung in Straßburg haben sich 29 Verbände mit ca. 5000 Mitgliedern angeschlossen. Diese Verbände haben ebenfalls eine Arbeitslosenversicherung durchgeführt. Ihnen leistete die Stadt Straßburg bekanntlich einen Zuschuß von 50 Proz. der Verbandsunterstützung. Jedoch hatten die Gewerkschaften im letzten Jahre 10 608 1/2 Unterstellungstage, während die Stadt, wie oben bereits angeführt, den Zuschuß nur für 4989 Tage geleistet hat. Der große Unterschied ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Stadt erst nach einjährigem Wohnsitz der Arbeitslosen in Straßburg Unterstützung gewährt, ferner darauf, daß unter den gewerkschaftlich Unterstützten sich auch solche befinden, die nicht im Stadtgebiet wohnen, daher keinen Zuschuß erhalten.

Zum Vergleich mit den Zahlen in Köln müssen wir uns aber an die Unterstellung der Verbände halten. Dann ergibt sich, daß in Straßburg mehr als doppelt so viel Versicherte waren als in Köln, aber nur ein Drittel von der Zahl der Unterstellungstage. Mithin ist in Köln die Zahl der Unterstellungstage im Verhältnis zu der Zahl der Versicherten ungefähr fünf- bis sechsmal so groß wie in Straßburg.

Der Grund für diesen Unterschied liegt darin, daß die Versicherung in Köln eine freiwillige Versicherung der einzelnen Versicherten ist, während in Straßburg an der Versicherung die Gewerkschaften mit allen ihren Mitgliedern beteiligt sind, selbstverständlich nur soweit für sie die Voraussetzungen der auf das Stadtgebiet beschränkten Einrichtung erfüllt sind. Demnach hat die Versicherung in Köln den Mangel einer jeden derartigen freiwilligen Versicherung, daß sich an sie in erster Linie die schlechten Risiken wenden. Sie stellt sich denn auch im wesentlichen als eine Versicherung der baugewerblichen Arbeiter für den Winter dar. Bei ihr ist die Zahl der Unterstellungstage im Vergleich zu der Zahl der Versicherten bedeutend höher als bei einer

Versicherung, die alle Arbeiter umfassen würde.

Auf der anderen Seite freilich ist bei der Versicherung in Straßburg die Zahl der Unterstellungstage im Vergleich zu der Zahl der Versicherten bedeutend kleiner als bei einer Versicherung aller Arbeiter. In Straßburg waren an der Versicherung am stärksten beteiligt die Verbände der Metallarbeiter, Buchdrucker, Holzarbeiter, Handlungsgeschäften, Zimmerer, Fabrikarbeiter und Buchdruckerhilfsarbeiter. Die Versicherung ist berechnet auf die gelernten Arbeiter mit Ausnahme der Maurer und Steinhauer. Demnach erstreckt sich die Versicherung nicht auf die Berufe mit den schlechtesten Risiken: Bauarbeiter, außer Zimmerern, und Angelernte.

In Köln waren nicht ganz 1/4 der Versicherten gelernte Arbeiter und zahlten 45 Proz. die Woche Beitrag; etwas mehr als 1/4 der Versicherten waren ungelernete Arbeiter, deren Wochenbeitrag nur 35 Proz. betrug. Ungefähr in demselben Verhältnis steht die Zahl der Tage, für die eine Unterstellung von 2 Mk. gezahlt wurde, zu der Zahl der Tage mit einer Unterstellung von 1 Mk. Die Unterstellung von 2 Mk. wird nach 2 Karenztage für die ersten 20 Tage der Arbeitslosigkeit gezahlt, die Unterstellung von 1 Mk. für die weiteren Tage, aber höchstens für 28 Tage. — Die Gesamtausgabe für die Tagelöhner der Arbeitslosen betrug 61 934 Mk. Davon brachten die Mitglieder durch ihre Beiträge 26 439 Mk. auf gleich 42,7 Proz. Mithin war ein Zuschuß von mehr als 31 000 Mk. notwendig. Die Stadt Köln leistete in den letzten Jahren einen Zuschuß von 20 000 Mk. pro Jahr zu der Versicherung. Außerdem zahlten im letzten Jahre 213 „Ehrenmitglieder“ zusammen einen Beitrag von 2 355 Mk. Da dieser Beitrag von Jahr zu Jahr geringer geworden ist, die Mitglieder aber durch ihre Beiträge, ebenso wie im letzten Jahre, in den meisten vorhergehenden Jahren weniger als die Hälfte der notwendigen Tagelöhner für die Arbeitslosen aufgebracht haben, so wird die Stadt ihren Zuschuß erhöhen müssen, wenn sie die Leistungen der Versicherung nicht noch weiter sinken lassen will.

Der Stadt Straßburg kommt die Arbeitslosenversicherung viel billiger. Ihr Zuschuß betrug nur 3 507,36 Mk. im letzten Jahre. Jeder Notstandsarbeiter kostet ihr durchschnittlich 2,50 Mk. Zuschuß, dagegen jeder versicherte Arbeitslose durchschnittlich nur 12,66 Mk. Zuschuß. Diese geringere Ausgabe für die Arbeitslosenversicherung in Straßburg ist deshalb erklärlich, weil ja auf jeden Versicherten viel weniger Unterstellungstage als in Köln kommen, und außerdem die Versicherten nicht die Hälfte, sondern zwei Drittel der Unterstellungsgelder aufbringen.

Die Vorzüge des Genter Systems, leichte Kontrolle von Grund und Dauer der Arbeitslosigkeit — obwohl sich die Stadt nicht wie in Gent mit der gewerkschaftlichen Kontrolle begnügt — und Billigkeit, haben sich in Straßburg auch im letzten Jahre gezeigt. Eine Verbesserung im Vergleich mit Gent stellt die enge Verbindung mit dem städtischen Arbeitsnachweise dar. Daß die Einrichtung das Vertrauen der Beteiligten genießt, beweist der Umstand, daß die vorgelegene Schiedskommission in keinem einzigen Falle angerufen worden ist.

In Erlangen ist die Versicherung ausdrücklich auf gelernte Arbeiter beschränkt. Ferner wird nicht wie in Straßburg einjähriger, sondern dreijähriger Wohnsitz bei Unverheirateten die Heimatberechtigung verlangt. Endlich ist die Unterstellung etwas geringer als in Straß-

burg. Dafür ist der Kreis der Versicherten erweitert. Die Zuschüsse sollen nicht nur den Gewerkschaften, sondern jeder Arbeitslosen-Versicherungs- oder Unterstellungskasse und sogar solchen arbeitslosen gelernten Arbeitern gewährt werden, die keiner Kasse angehören. Unterstützt wurden vom 1. Januar bis 30. September 1909 im ganzen 85 Arbeitslose, 57 organisierte und 28 nicht organisierte. Die Höhe der Tagesunterstützung betrug 50 Proz. bei 12 Organisierten und 2 Nichtorganisierten, 60 Proz. bei 45 Organisierten und 26 Nichtorganisierten. Die Zuschüsse der Stadt werden im ganzen Jahre mehr als 1200 Mk. betragen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Stadt Erlangen nur 24 000 Einwohner hat.

Die Erfahrungen in Köln sind weniger ermunternd. Anders steht es mit den Erfahrungen in Straßburg und Erlangen. So ungenügend die Leistungen der Arbeitslosenversicherung in diesen Städten sind, so beweisen sie doch, daß sowohl in größeren, als auch in kleineren Städten der Anfang einer Arbeitslosenversicherung gemacht werden kann. Diese Anfänge sind im Interesse der Arbeitslosen dringend notwendig, zugleich aber auch als Vorbereitungen für die staatliche Arbeitslosenversicherung zu begrüßen.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 3. Februar 1910.

28. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dernburg.

Die vom Amtsgericht Nischaffenburg nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gerkenberger (Z.) wegen Verleumdung wird, entgegen dem Antrag der Geschäftsordnungskommission, auf Antrag des Abg. Erbacher (Z.) dem Wunsche des Abg. Gerkenberger selbst entsprechend erteilt.

Koloniales Ragout.

Die zweite Beratung des Stats der Schutzgebiete wird fortgesetzt.

Lattmann (Wd.): Gerade im Interesse der Humanität müßten die Sozialdemokraten auch für Bahnbauten und Maschinengewehre stimmen. Auch die Ärzte, die Sie in die Kolonien geschickt haben wollen, können dort nicht arbeiten, wenn nicht zuvor die Maschinengewehre dafür gesorgt haben. Redner kommt auf den bekannnten Unfug zu sprechen, daß deutsche Mädchen mit den Logonegern in schwärmerischem Briefwechsel stehen und verlangt ein Entgegenreten seitens der Regierung. — In der Frage der Selbstverwaltung solle größeres Entgegenkommen gezeigt werden.

Unterstaatssekretär von Lindequist bepricht die Klein-Siedlungsfrage in Südwestafrika. Ein endgültiges Urteil sei noch nicht möglich, aber die Entwicklung sei keine ungünstige. (Hauptrecht.)

Storz (SdP.) begrüßt die weiße Besiedelung Südwestafrikas, verlangt von der Kolonialpolitik Rücksicht auf die Steuerzahler und erklärt den Bahnbau für eine finanzielle, volkswirtschaftliche und militärische Notwendigkeit.

Moske (Sd.): Selbst zugegeben, daß der Abgeordnete Liebert mit seiner Beteiligung an kolonialen Aktiengesellschaften nichts verdient hat, so ist es doch zweifellos, daß die Gefahr besteht, daß jemand, der an solchen Gründungen beteiligt ist, ganz wider seinen Willen in seinem Urteil eine Erübung erfährt. (Sehr richtig! bei den Sd.) Was ganz grobe Ungehörigkeit aber betrachten wir es, wenn Parlamentarier ihren Namen und ihre Abgeordneteneigenschaft hergeben, um solche kolonialen Gründungen zu unterstützen. Herr von Lindequist wies darauf hin, daß er 12 Jahre in

## Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

Autorsierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarau.

(5. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Wenn Sie jetzt, Herr Kandidat Bennechen,“ also sprach der Amtmann, „diesen Wirkungskreis, dem Sie die Arbeit einiger ihrer besten Jugendjahre gewidmet haben, verlassen, um zu einer bedeutungsvolleren, vielleicht beschwerlicheren, aber sicher weit befriedigenderen Tätigkeit überzugehen, so wollen wir Ihnen Lebewohl sagen und unseren Dank ausdrücken für die Zeit, in der Sie mit uns gearbeitet haben. Aber wenn Sie auch von uns scheiden, so wird uns doch eine und dieselbe Tätigkeit verbinden. Ich mache mich wohl keiner Indiskretion schuldig, wenn ich dieser Versammlung mitteile, daß es Ihre Absicht ist, in eins der Ministerien, wahrscheinlich in dasjenige Ihres Herrn Vaters, zu treten.“

„Also sage ich,“ fuhr der Amtmann fort, „daß uns dieselbe Tätigkeit verbinden wird. Denn ist nicht eine große Gesamttätigkeit über das ganze Land ausgebreitet? Ist nicht der Beamtenstand ein Ring, der wie ein starker Gürtel unser Volk umschließt? Indem Sie also sozusagen einen Platz im Ringe mit einem anderen vertauschen, möchten wir Sie ersuchen, Ihrem Herrn Vater unseren ehrerbietigen Gruß zu überbringen, sowie ihn zu bitten, Sr. Majestät dem Könige die Versicherung zu geben, daß wir arbeiten, — darin liegt es, meine Herren! — arbeiten wie die treuen Diener des Königs unterm Volk. Und Ihnen, Herr Kandidat Bennechen, wollen wir wünschen, daß Sie, mit dem erhabenen Beispiel Ihres Herrn Vaters vor Augen, auch auf Ihrer Laufbahn weit vorkommen und wie er Ihrem Lande zum Stolz und zur Ehre gereichen mögen. Herr Kandidat Bennechen, der Himmel sei mit Ihnen!“

„Daran hat er ordentlich schweigen müssen,“ flüsterte der Rechtsanwalt Kahrs seinem Nachbar zur Linken zu, denn gewöhnlich wollten dem Amtmann die Tischreden nicht recht gelingen.

Der Sorenschreiber hielt nun auch eine halb humoristische Ansprache an seinen Stellvertreter; Alfred Bennechen antwortete und nun folgten die Reden Schlag auf Schlag.

„Sind noch viele Sachen da für heute nachmittag, Herr

Sorenschreiber?“ fragte der Amtmann, als er sah, daß er die Konversation nicht länger beherrschte.

„Ich weiß in der Tat nicht,“ erwiderte der Angeredete verärgert und legte das Glas von sich; „stehen viele Sachen auf der Liste Bennechen.“

„Ach ja, nicht ganz wenig, unter anderem auch ein recht interessanter Fall.“ Der Stellvertreter dämpfte die Stimme und beugte sich zum Sorenschreiber hinüber.

„Was ist’s?“ fragte der Amtmann.

„Eine Konfubinatssache, Herr Amtmann, weiter nichts,“ erwiderte der Sorenschreiber und blinzelte mit seinen hellgrauen Augen; er war ein kleiner behäbiger Mann mit roten Backen und Perücke.

„Wollen Sie heute nicht selbst die Verhandlungen leiten, Herr Sorenschreiber?“ fragte der Stellvertreter, „dann geh’s rascher, denn niemand versteht derartige Sachen so zu behandeln wie Sie.“

„Ach ja, Freundschen, tu uns den Gefallen, dann wird’s spahhaft,“ rief der Vogt unvorsichtigerweise.

Der Amtmann räusperte sich stark, strich über den vollen grauen Backenbart und rührte an der goldenen Perücke. Er fand es unpassend, daß solche Äußerungen fielen, wenn Bauern zugegen waren. Der Amtmann forderte den Bauern-Attesten auf, ein Glas mit ihm zu trinken.

Während sich ein heftiger Kampf zwischen einigen Rechtsanwältinnen weiter unten am Tische entspann, ward das Gespräch am oberen Ende in gedämpfter Zone fortgesetzt.

„Sind’s junge Leute?“ fragte der Sorenschreiber.

„Nein, der Mann ist ein ziemlich bejahrter Witwer und die Mitschuldige ein Dienstmädchen; aber die Tochter — sehen Sie —“

„Ah, Sie meinen als Zeugin —“

„Das Dienstmädchen“, schaltete Rechtsanwalt Lofte ein, „soll mit dem Kinde vor einem Monat nach Amerika abgereist sein.“

„Tut nichts, das Zeugenverhör ist das interessanteste“, verkündete Rechtsanwalt Kahrs lachend, „ich kenne Christine Watnemo; sie ist eines der hübschesten Mädchen im Ringe.“

„Falls die Verhandlung rascher von statten geht, wenn der Herr Sorenschreiber sie selbst leitet,“ begann der Amtmann, der die letzten Bemerkungen überhört zu haben schien.

„Ich werde mit Vergnügen die Verhandlung übernehmen, wenn der Herr Amtmann es befiehlt“, rief der Sorenschreiber.

„Nein — nein — nein! Mißverstehen Sie mich nicht!

Ich meine nur, es wäre schön, wenn wir in dem bösen Wetter bald zur Stadt kommen könnten.“

Der Sorenschreiber blinzelte mit den kleinen Augen und es ward abgemacht, daß er selbst nach Tische die Gerichtsverhandlung leiten sollte. Darauf trank der Amtmann ein Glas privatim mit dem Sorenschreiber.

Bei der roten Grütze ward Cherry geschenkt, so daß die meisten Gesichter wie in Abendrot erglänzten. Es ward laut gelacht und gesprochen und tüchtig getrunken; nur die Bauern hielten sich still und nippten mißtrauisch nur vom Weine.

Mitten im ärgsten Lärm klopfte der Amtmann an sein Glas und hob die Tafel auf.

Das draußen versammelte Volk merkte, daß das Mittagmahl vorüber sei, da sich so viele geräuschte Gesichter in den Fenstern und den Türen zeigten — hinaus konnte man ja nicht bei diesem verwünschten Wetter.

Nach dem Kaffee ward die Stube wieder in ein Gerichtstokal verwandelt und der Sorenschreiber begann die Handlung mit großer Feierlichkeit.

Auf dem Richterstuhl nahm der Sorenschreiber sich vornehmlich aus. Der wohlgeformte Kopf mit der weißen Perücke hatte etwas Ehrfurcht einflößendes und die scharfen, hellgrauen Augen bohrien sich in Angeklagte und Zeugen ein.

Der Sorenschreiber galt für einen tüchtigen Richter, aber seine Hauptstärke hatte er entschieden im Inquirieren. Keiner vermochte wie er die Leute zu verlocken, daß sie mehr sagten, als sie wollten, keiner konnte so die Worte drehen, durcheinander werfen und zurecht legen, daß sie — ehe man es gewahr wurde — wie ein halbes Geständnis aussahen und auf diese Weise pflegte er — wie er sich selbst ausdrückte — die Wahrheit aus den Leuten herauszuschrauben.

Heute gingen die Verhandlungen mit ganz ungewöhnlicher Geschwindigkeit, ohne daß jedoch der Würde des Gerichts etwas vergeben wurde. Eine Anzahl Zivilsachen wurden im Handumdrehen abgemacht. Alle Rechtsanwältinnen mußten, daß es sich darum handelte, so rasch wie möglich zur Konfubinatssache zu kommen und man freute sich, in dem man sich aufstieß und einander geheimnisvoll zunichte, auf das interessante Zeugenverhör. Man hielt sich deshalb nicht lange mit Prozedieren auf, sondern begehrte Aufschub über Aufschub, der auch vom Gericht bereitwillig gewährt wurde. (Fortsetzung folgt.)

\* Zur Sommerzeit stehendes Dessert im skandinavischen Norden.

Schwefelafrika war und ich nicht. (Zuruf rechts: Das kann ja nachgeholt werden.) Ich würde mich nicht gegen eine solche Studienreise sträuben, nur dürfte es nicht auf Kosten einer privaten Dampfergesellschaft geschehen. (Sehr gut! bei den Soz.) Herr von Lindquist freute sich über die neuen Kleinbedelungen. Auf dem Farmertage kam es aber zum Ausdruck, daß zur Umbedelung mindestens 20.000 Mk. Kapital nötig ist. Das sind doch gar keine Kleinbedelungen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er wies ferner auf den Tabakbau hin. Auf dem Farmertage wurde aber behauptet, Tabak könne nur gebaut werden, wenn die Regierung ihn abnimmt. Der Negler will ihn nicht. Das muß ein schönes Kraut sein. (Weit!.) In der mehrfach erwähnten Abweisung einer Beschwerde mag ja der Staatssekretär korrekter verfahren haben, indem er die Sache an das Militärgericht abgab. Das ändert aber nichts daran, daß das Verfahren ein sehr befreundendes ist. Ein Vorkamer, der nach Kamerun geschickt wurde, ist auf Grund dieser Vorwürfe, die er beobachtete, voller Entsetzen aus dem Staatsdienst geschieden. Es handelt sich nicht nur darum, daß ein Mädchen geprügelt wurde, sondern es sind auch Negern zu Trägern ernannt worden, und als sie sich dieser Arbeit entziehen wollten, ist einer von ihnen totgeschossen worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Das sind keineswegs harmlose Dinge. — Im übrigen hat sich der Staatssekretär die Antwort sehr leicht gemacht, indem er auf die meisten meiner Ausführungen nicht eingeht. Mit seinem billigen Miß, daß auch die Witz nicht mit Kränzen schmücken würde, hat er den Vorwurf nicht bestritten, daß zu Unrecht Menschen erschossen wurden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Ganz unzutreffenderweise hat ferner der Staatssekretär aus meinen Ausführungen über die vielen Erkrankungen an Wurmkrankheit beim Tabakbau gefolgert, es sollten keine Wägen gebaut werden. Aber mit Recht verlangen wir, daß wenn jetzt eine Viertelmilliarde für Bahnbauten bewilligt wird, etwas mehr Mittel aufgewendet werden zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter. (Zust. b. d. Soz.) Ebenso falsch war es, wenn der Staatssekretär behauptet, wir verweigerten die Mittel zur Förderung der Baumwollkultur. Er weiß sehr gut, daß die prinzipielle Ablehnung des Etats keineswegs die Ablehnung aller einzelnen Kosten bedeutet. Daraus, daß wir uns allerdings nicht übertriebene Hoffnungen hingeben sollte der Staatssekretär uns keinen Vorwurf machen. — Der Gedanke kommt in der Debatte zum Ausdruck, daß wir uns nicht scheuen, wenn wir den bürgerlichen Sozialdemokraten entgegenzutreten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Staatssekretär nun meint, es kämle bei uns bezüglich unserer Stellung zur Kolonialpolitik, so möchte ich ihm sagen, daß, wie in allen Parteien, so auch in unserer Gegenseite bestehen. Aber in der Ablehnung der kapitalistischen Kolonialpolitik sind wir einig. Und namentlich darin, daß wir weitestgehende Kritik zu üben haben. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wir bekämpfen aufs schärfste die bestehenden Mißstände und nehmen Stellung dagegen, daß das Volk für Zwecke belastet wird, bei denen nichts für es herauszuringen kann. Die Kapitalisten mühen dem Volke zu, die Steuern zu bezahlen. Aber sie drücken sich, wenn der Steuerernehmer kommt und stecken den Vorteil in ihre Taschen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wir wehren uns dagegen, daß das Volk zu seinem eigenen Schaden belastet wird, damit die Besitzenden sich durch die Kolonialpolitik die Taschen füllen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Dr. Goller polemisiert gegen den Abgeordneten Moske. Früher hat man uns aufgefordert, in die Kolonien zu gehen um uns zu informieren. Das haben wir getan, was sollen wir weiter tun? (Zuruf bei den Soz.: Dort bleiben! Stürm. Heiter.) Wie kann man Leuten verbieten, über Sachen zu sprechen, an denen sie finanziell interessiert sind. Da müßten z. B. alle Arbeitersekretäre hier den Mund halten. (Langandauernde Unruhe und Hekt. im Ztr. u. b. d. Soz.; Sehr gut! auf einigen Banken der Rechten.)

Erzberger (Ztr.) verlangt, gegen Dr. Goller polemisierend, völlige Unterrichtsfreiheit in den Kolonien. Von übergriffen der Missionen könne keine Rede sein. (Lebh. Beif. i. Ztr.)

Staatssekretär Dernburg: Es steht fest, daß in der Sozialdemokratie seit 1906 ein Wandel in ihrer Politik gegen Kolonialpolitik eingetreten ist. Andererseits kann man freilich der Sozialdemokratie keine tätige Liebe für die Kolonien nachsagen. (Stift.) Sie erkennen manches an, enden aber doch mit einer Ablehnung des Kolonialerats, weil ihr ein paar Positionen darin nicht gefallen. Eine solche Liebe kann man wohl eine platonische nennen. (Stift.) Will sie ihre Beziehung beweisen, so bringe sie eine der vielen Resolutionen Abrecht ein und sage, was sie gegen die Kolonien einzumenden hat, fordere aber, sagen wir einmal 100.000 Mark für Förderung der Baumwollkultur. Ich glaube, diese Resolution würde einstimmig angenommen. (Stift.) Übergriffe der Missionen sind allerdings vorgekommen. Auf Samoa hat der Bischof unter Androhung der Exkommunikation (Hört, hört!) den Katholiken verboten, ihre Kinder in die vom Gouverneur begründete Simultanschule zu senden. Ich kann die katholische Kirche nur dringend bitten, in deutsche Kolonien nur deutsche Missionare zu senden. Damit würde viel Konflikstoff vermieden. (Beifall bei den Liberalen.)

Ledebour (SP.): Die Ausführungen des Staatssekretärs nötigen mich, das Wort zu ergreifen, was nicht meine Absicht war. Der Staatssekretär glaubte eine Wandlung in den kolonialpolitischen Anschauungen der Sozialdemokratie konstatieren zu können. Daß wir in der Ladeingewandter Angelegenheit den Herrn Staatssekretär denken, beweist doch nur, daß wir in einer Rechtsfrage imstande sind, auch unsern Gegnern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wenn Herr Ledebour hierin eine Rücksichtnahme erblickt, so zeige das nur, daß er dafür kein Verständnis hat. Mit dem Angreifer gemeinsame Sache zu machen, wenn ein Gegner zu Unrecht angegriffen wird, das ist allerdings die Methode des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Differenzen, die innerlich unserer Partei zerfesselt vorgekommen sind, berühren unsere Stellung zu Herrn Dernburg gar nicht. Sie bestehen darin, daß ein Teil unserer Parteigenossen glaubte, es sei möglich, daß ein kapitalistisches Staatswesen eine humanitäre Politik gegenüber den Eingeborenen treiben könne. Die Mehrzahl unserer Parteigenossen aber glaubt, daß ein solches Staatswesen seiner Natur nach nichts als Ausbeutung und Unterdrückungspolitik treiben kann. In der ganzen Sozialdemokratie gibt es niemand, der die kapitalistische Kolonialpolitik des Staatssekretärs unterstützen wollte. (Zust. b. d. Soz.) Herr Goller hat die Ausschüßratspolitik verurteilt. Wir haben es aber nur verurteilt, daß Abgeordnete sich in demonstrativer Weise an kolonialen Unternehmungen beteiligen, und dann hier im Hause für Kolonialpolitik einreten und sich sogar in die Budgetkommission delegieren lassen. Es gibt für einen Abgeordneten gewisse Grenzen, und er darf sich nicht dazu gebrauchen lassen, Gründungen irgend welcher Art zu begünstigen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei uns in Deutschland ist diese Ausschüßratspolitik noch in den Kinderschuhen, aber in Frankreich können wir sehen, wie fortpflanzend sie wirkt; daher haben wir alle Ursache, vor den Anfängen zu warnen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nun zu einer andern Sache. Vor zwei Jahren haben wir Anordnungen beantragt, wonach den Eingeborenen,

denen während des Krieges ihr Land genommen wurde, so viel zurückgegeben werden soll, daß sie ihren Lebensunterhalt gewinnen können. Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen worden. Jetzt liegt endlich die Antwort des Bundesrats vor. Sie bedeutet eine nackte Ablehnung des Antrages, geradezu eine Verhöhnung nicht nur der Eingeborenen, sondern auch des Reichstages. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Eingeborenenpolitik ist kapitalistische Ausbeutungspolitik schlimmster Art! Und diese Politik, meint der Staatssekretär, könnten wir unterstützen. Durch die Ausrottungsstrategie des Herrn von Trotha sind die Hereros auf ein Viertel ihres Bestandes reduziert. Die Missionsberichte erweisen, daß die Eingeborenen vielfach Hunger leiden, daß die Kindersterblichkeit eine massenhafte ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Missionare führen mit Recht diese traurigen Erscheinungen auf den Landmangel zurück. Geradezu unheilvoll wirkt das Vambusenwesen, die Institution der jugendlichen eingeborenen Diener. Erforderlich ist die Zahl der illegitimen Wächlinge. Das Hererovolk ist von Geschlechtskrankheiten derart infiziert, daß kaum noch gesunde Kinder geboren werden. (Hört, hört!) Wahrscheinlich eine schöne Illustration der geprügelten Kulturarbeit! Tabak erwecken die Verichte noch den Eindruck, als seien sie nicht, und ich frage den Staatssekretär, ob sie im Kolonialamt feststehen würden oder ob sie von den Missionaren schon in früherem Zustande eingekauft sind? Allerdings Schwefelafrika liegt ja neben dem Kongoplatz! Neben dem Wirkungsbereich des verstorbenen Königs Leopold! (Munche rechts, sehr gut! b. d. Soz.) Zwei Beispiele geradezu dafür, welche grauenhafte Zustände die Folge der geprügelten kolonialen Kulturarbeit sind. — Und zwar in Schwefelafrika durch das Wirken des Staatssekretärs Dernburg und seiner Beauftragten zugunsten der weißen Unternehmerr! (Sehr gut! bei den Soz.) Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.) Der Glaube, daß die Sozialdemokratie sich zu dieser Politik bekehren werde, ist eine der größten Whantastereien, die mir je vorgekommen sind. Kein Sozialdemokrat wird seine Zustimmung dazu geben, daß die Negler an Händen und Füßen gefesselt den weißen Sklavenhaltern überliefert werden. Einige in unfernen Reihen mögen der Kolonialpolitik günstiger gegenüber stehen als andere; es aber Anhänger der Dernburgschen Kolonialpolitik gibt es aber in unseren Reihen nicht! (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Erning (ML): Mein Bourgeoisgehirn kann den pathetischen Ausführungen des Abg. Ledebour nicht folgen. (Zurufe bei den Soz.: Natürlich!) Herr Ledebour würde erit der Kolonialpolitik zustimmen, wenn der Häuerhauptmann Simon Gopper Staatssekretär geworden ist. (Lachen bei den Soz.) Das Kommissionsmitglied, das an einer kolonialen Unternehmung beteiligt war, hat in loyalster Weise das betreffende Referat niedergelegt. — Die Ausführungen der Herren Moske und Ledebour decken sich nicht in allen Punkten. (Zurufe bei den Soz.: Klammern Sie sich um die nationalliberalen Antimissionisten.)

Erzberger (Z): Auf Samoa handelte es sich nicht um eine Simultanschule, sondern um eine religionslose Schule. (Hört, hört! im Ztr.) Jedenfalls muß jede Gewissensgefährdung und jeder Kulturkampf in den Kolonien vermieden werden. (Beifall im Ztr.)

Staatssekretär Dernburg betont, daß er unter keinen Umständen zugeben wird, daß staatliche Autoritäten vor einem Bischof zurückweichen. (Lebh. Beifall links, Murren im Zentrum.)

Dr. Müller-Meinungen (Ztr.): Es ist unerhört, daß in Samoa ein französischer Bischof deutschen Reichsangehörigen verbietet, ihre Kinder in eine Regierungsschule zu schicken. Dem Staatssekretär sind wir dankbar, daß er das deutsche Interesse diesem Bischof gegenüber wahr. (Stürm. Beif. b. d. Liber. Unruhe i. Z.)

Erzberger (Z): Der Bischof hat nicht als Franzose sondern als Katholik gehandelt, außerdem hat er, wie mir gesagt wird, die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. (Beifall i. Z.)

Dove (Fg.) stellt fest, daß die ganze freisinnige Fraktionsgemeinschaft sich mit den Worten des Abg. Dr. Müller identifiziert. (Natürlich! i. Z.) Die Oberhoheit des Staates über die Schule muß in allen Breitengraden der Kirche gegenüber zur Geltung gebracht werden. (Lebh. Beifall b. d. Liberalen.)

Damit schließt die koloniale Generalsdebatte. Der südafrikanische Etat wird ohne Spezialdebatte genehmigt.

Zum Etat für Ostafrika bemerkt Dr. Arndt (Rpt.), der Gouverneur zeige zu viel Nachgiebigkeit gegen die Negler, zu wenig Entgegenkommen gegen die Weißen.

Werner (Antif.) schließt sich dieser Frage an und wünscht Einführung der deutschen Reichswährung in Ostafrika.

Staatssekretär Dernburg weist die Angriffe gegen den Gouverneur von Reichenberg zurück. Eine Änderung der Währung würde die sehr mißtrauischen Eingeborenen beunruhigen.

Der Etat für Ostafrika wird genehmigt. Desgleichen debattelos die Stats für Kamerun, Togo und Neu-Guinea. Beim Etat für Samoa bemerkt Dr. Arning (ML): Ein deutscher Bischof wäre erwünschter, aber gegen jeden Bischof müsse die Staatsautorität aufrecht erhalten werden. (Bravo b. d. Natl.)

Kopich (Fg.): In solchen Konflikten stehen auch wir immer auf Seiten der Regierung.

Erzberger (Z): Der Kulturkampf war schuld daran, daß wir nicht genügend deutschsprechende Missionare haben. Der französischsprachige Bischof auf Samoa gehört zu den Nachwehen des Kulturkampfes. Daß er sich gegen die Gründung einer religionslosen Schule wehrt, ist selbstverständlich. Die katholischen Eltern haben sich dadurch beschweren gefühlt, weil ihre Kinder eine konfessionslose Schule besuchen müßten, obwohl katholische Schulen vorhanden sind. Von einem Kampf des Bischofs gegen das Gouvernement kann nicht die Rede sein. (Lebh. Beif. i. Z.)

Dr. Müller-Meinungen (Ztr.): Die Übertragung dieser Grundstücke auf Deutschland bedeutet die Auslieferung der Schule an die Kirche. Der Bischof sagt: Die Schule ist eine religiöse Sache. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das ist die Freiheit, die Sie meinen. (Gr. Pfst. links.)

Staatssekretär Dernburg stellt fest, daß die Regierungsschule eine katholische und eine evangelische Abteilung hat. (Hört, hört! links.)

Erzberger (Z): Wir haben nie behauptet, daß die Schule eine religiöse Angelegenheit sei. Wohl aber die Erziehung. (Lachen links.)

Der Etat wird bewilligt. Eine Resolution, betreffend Errichtung eines Denkmals in Berlin für die auf außereuropäischem Boden gefallenen Deutschen wird einstimmig angenommen.

Der Etat des Reichsmilitärgerichts wird debattelos erledigt. Das Haus vertagt sich auf Freitag 1 Uhr. (Etat des Reichstags, Vertrag mit Portugal.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Eine Verurteilung. Unsere Parteigenossen in Vöblau — sechster sächsischer Wahlkreis — haben die beiden letzten Sonntag Hausagitation getrieben, mit dem Resultat, daß der Parteiorganisation rund 500 neue Mitglieder zugeführt und zugleich eine große Anzahl Abonnenten für die Dresdener Volkszeitung gewonnen wurden. In Vöblau stieg die Zahl der Mitglieder von 1300 auf 1800, in Strießen von 1100 auf 1400. In den anderen Bezirken ist eine ähnliche Agitation geplant.

Ein Nachspiel zum Königsberger Schandfäulenprozeß. Am 14. August v. J. wurde Genosse Martwald aus dem Altsenkerer Gefängnis entlassen, in dem er seine 1 1/2jährige Strafe wegen Verleumdung verbüßt hatte. Auf dem Königsberger Bahnhof fanden sich eine Anzahl Genossen zum Empfange ein, die, als sie Martwald begrüßt hatten, nach dem Parteiloalokale gehen wollten. Nach Ansicht der Polizei soll dies in geschlossenem Zuge geschehen sein. Die Polizisten veruchten, den Zug zu zerstreuen, was große Aufregung verursachte. Bei dieser Gelegenheit soll Genosse Jodiesz einen Schutzmann mit einem Stock geschlagen, und sich, als er arreiert werden sollte, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben. Genosse Gottschalk, der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins, soll dabei verucht haben, den Jodiesz zu befreien. Auch sollte er den von der Polizei nicht genehmigten Anzug geleitet und dadurch gegen das Vereinsgesetz verstoßen haben. Dem Genossen Martwald war bekanntlich ein kleiner Blumenstrauß von einem Schutzmann gewaltsam entziffen worden. Gottschalk soll dieses Verhalten des Polizisten in einer Volksversammlung als ein „stragenüberliches“ bezeichnet haben. Wegen dieser Vergehen hatten sich die beiden Genossen am Dienstag vor der Königsberger Strafkammer zu verantworten. Zu der Verhandlung waren 28 Zeugen geladen. Es wurde durch Zeugenaussagen festgestellt, daß Jodiesz von Schutzleuten mißhandelt worden ist. Aber die ihm zur Last gelegten Vergehen wurden die widersprechendsten Angaben gemacht. Er selbst behauptete, mit seinem Stock nur herum geschüttelt zu haben! Möglich ist, daß er dabei jemand getroffen habe. Von einer absichtlichen Körperverletzung könne keine Rede sein. Gottschalk stellte fest, daß er den Aufzug nicht geleitet und sich nicht des Besuchs der Gefangenenbefreiung schuldig gemacht habe. In der Verhandlung habe er nur auf einen Zuruf „Straßenraub“ gesagt. Die Angabe wurde von zwei Zeugen bestritten, während der Polizeikommissar und ein bürgerlicher Beichterstatter erklärten, der Angeklagte habe das Verhalten des Polizisten als strafenübertrisch bezeichnet. Der Staatsanwalt beantragte gegen Jodiesz sechs Monate Gefängnis und eine Woche Geldstrafe, gegen Gottschalk sechs Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe wegen Übertretung des Vereinsgesetzes. Das Gericht sprach Gottschalk von der Anklage der veruchten Gefangenenbefreiung und der Übertretung des Vereinsgesetzes frei, verurteilte ihn aber wegen Verleumdung zu 200 Mk. Geldstrafe. Es bezeichnete die Wegnahme des Blumenstraußes als berechtigt. Jodiesz wurde wegen Körperverletzung und Widerstandes zu zwei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Hätte sich die Polizei nicht eingemischt, so wäre nicht das geringste passiert.

Falsche Information. Wegen Verleumdung des Vorstehenden der Zahlreue Augsburg des christlichen Schneiderverbandes hatte sich am Montag der verantwortliche Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung“ Genosse Thiele in Augsburg vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. In einem Artikel der genannten Zeitung war seinerzeit behauptet worden, daß der Vorsitzende des christlichen Schneiderverbandes Hampp einen Gehilfen, der dem Deutschen Schneiderverbande angehört, zum Austritt aus der Organisation veranlaßt hat, indem er ihm sein Mitgliedsbuch abnahm und durch einen von Hampp selbst geschriebenen Brief an den Verbandsvorsitzenden den Austritt erklärte. Diese eigentümliche Art des Mitgliederfanges war einer derben Kritik unterzogen worden, worauf Hampp die Verleumdungsklage antrat. Am Montag wurde Thiele zu der hohen Strafe von 100 Mk. oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Es hatte sich herausgestellt, daß der angeblich terrorisierte Schneidergehilfe — ein Taubstummer — in verschiedener Hinsicht die Unwahrheit gesagt hatte. Er war sowohl Mitglied der christlichen wie auch der freien Organisation und hatte sein Mitgliedsbuch freiwillig an Hampp ausgeliefert. Auch hatte Hampp nicht die Austrittserklärung geschrieben, wohl aber diesen Brief aufgesetzt. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden.

Die Genossen von Halle und der Wahlrechtskampf. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle nahm am Donnerstag nach der Berichterstattung über den preussischen Parteitag und lebhafter Debatte folgende Entschlieung einstimmig an:

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins, der Bezirksvorstand, die Presse und die Parteigenossen werden aufgefordert, die Frage des politischen Demonstrationstreiks im Wahlrechtskampfe zu diskutieren und zu beraten.

Den Bericht erstattete Genosse Thiele, der zur Wahlrechtsfrage sagte:

„... In der letzten Vereinsversammlung wurde dafür eingetreten, daß wir nach dem Grundlag alles oder nichts handeln müßten. Aber wenn die Regierung das geheime Wahlrecht gibt, haben wir keinen Anlaß, dagegen aufzutreten. Freilich wird die Regierung es nicht geben, aber es wäre doch möglich, daß sich im Landtage eine Mehrheit dafür fände, d. h. wenn unsere Genossen den Ausschlag geben würden. Sollten dann diese Genossen das geheime Wahlrecht ablehnen? Es kommt darauf an, in der gegebenen Situation das größtmögliche für die Arbeiter herauszuholen.“

Genosse Hennig brachte den oben angeführten Antrag ein; er sagte dazu unter anderem:

„... Wenn wir von vornherein erklären, daß wir freudig nehmen, was wir gütwillig bekommen können, dann dürfen wir uns auf die bisherigen Mittel beschränken. Wollen wir aber im Gmit mit dem Junkertum anbinden, dann fordert es andere Mittel. Was bisher geschehen ist, ist sozusagen verbraucht. Es gibt schärfere Mittel. Da ist der Massenstreik als Demonstrationstreik, angewandt zum Beispiel in Schweden im Jahre 1902. Dort war er ein vorzügliches Mittel, um den Herrschenden zu zeigen, welches der Wille des Volkes war. 120.000 Mann stellten drei Tage die Arbeit ein und erreichten damit ihren Zweck, die Gesetzgebung eines von der Regierung eingebrachten reaktionären Wahlgesetzes zu verhindern. Dieser Demonstrationstreik muß stark unterschieden werden von dem Generaltreik der Anarchisten. Zu vergleichen ist hier ferner der Demonstrationstreik in Italien, der sich gegen die blutigen Massakres der Polizeimacht dortselbst richtete. Solch ein Demonstrationstreik muß in den Bereich der Erörterung gezogen werden. Die Parteimittingen müssen beauftragt werden, die Unwendbarkeit dieser Waffe zu prüfen. Etwas durchaus Neues ist sie nicht. Der erste Mai aller Jahre, der 18. März 1908 sind Vorläufer seiner Anwendung. Wir müssen versuchen, einen Schritt weiter

zu gehen, und das kann mit ihm geschehen. Daß wir weiter gehen müssen, ist für den keine Frage, der die Situation klar überblickt. Was hat trotz der bedeutenden Organisationen des Proletariats an reaktionärem Geschehen verhindert werden können? Bisher so gut wie nichts, wie die Reichsfinanzreform des letzten Jahres beweist. Noch stets sind uns die Rechte verkürzt worden.

Genosse Albrecht begrüßte den Antrag Hennigs, auch Genosse Drecher erklärte sich für die Diskussion der Massenstreikfrage. Genosse Thiele sagte im Schlusswort u. a.: Die Faktoren, die uns entgegenstehen, werden auch durch den politischen Massenstreik nicht bezwungen. Diese Waffe ist eine zweischneidige. Wir können einen Teil der zu uns Haltenden mit ihr von uns abschneiden. Die bisherigen Mittel sind nicht abgebraucht, am wenigsten auf dem Lande. Auch durch ein noch so scharfes Mittel, wie der Massenstreik, werden wir das gleiche Wahlrecht nicht bekommen. Derjenige, der einem Phantom nachjagt, ist schon ein Vertreter an der Arbeiterklasse genannt worden. Nun, wenn tatsächlich das gleiche Wahlrecht errungen werden sollte, dann erleben wir den Staatsstreik, der alles wieder raubt. Wer sagt also einem Phantom nach? Die welche die Idee des schrittweisen Vorrückens vertreten gewiß nicht. Worin liegt die Bedeutung des Parlamentarismus? Doch nur in der durch ihn erfolgenden Aufstellung der Massen. Einen weiteren Wert hat und hatte der Parlamentarismus nicht. Wer ist denn von uns überzeugt, daß das Wahlrecht das Ziel ist, in dem wir wirklich siegen. Es ist eine Utopie zu glauben: Erst das Wahlrecht, dann Verbesserungen für die Arbeiterklasse. Deshalb muß auf das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften Wert gelegt werden. Die Gewerkschaften können viel mehr zur Aufklärung der Arbeiter tun, als die Partei, und sie haben mehr dafür getan. Mit dem Parlamentarismus ist nichts vollbracht. Wenn der Massenstreik besprochen werden soll, dann dürfen das nicht die Angehörigen der Arbeiterbewegung, die wirtschaftlich Sichergestellten tun, sondern nur die Arbeiter. Selbst mit einem gelungenen Massenstreik kann eine wirkliche Besserung nicht erzielt werden, denn dann kommt das Herrenhaus. Wer etwas anderes glaubt, ist ein Phantast. Das wichtigste ist die geistige und materielle Hebung des Proletariats. Es ist alles Entwicklung; es können keine Stappen übersprungen werden.

**Eine politische „Veranstaltung“.** Zu was für seltsamen Mitleiden Richter kommen können, zeigte dieser Tage eine Verhandlung vor der Strafkammer in Nordhausen. Der Genosse K. in Ehrlich hatte dort eine politische Versammlung einberufen und zu diesem Zwecke in einer Gastwirtschaft ein Zimmer gemietet. Die Einladungen ließ er durch seine Kinder bewirken. Da K. plötzlich daran dachte, daß er verhaftet werde, die Versammlung polizeilich anzumelden, teilte er unter der Hand den Eingeladenen das Nichtstastfinden der Versammlung mit. Am Versammlungsabend fanden sich dann auch nur der Referent und etwa sechs Parteigenossen ein, die nicht in dem gemieteten Raum, sondern in dem gewöhnlichen Gastzimmer Platz nahmen. Die Versammlung fand also nicht statt. Trotzdem wurde K. angeklagt, weil er eine öffentliche politische Versammlung, ohne die vereinsgesetzlich vorgeschriebene Anzeige bewirkt zu haben, „veranstaltet“ habe. Das Schöffengericht in Ehrlich kam zu einem freisprechenden Urteil, indem es richtig ansah, es liege keine Veranstaltung, sondern eine Vorbereitung zur Versammlung vor. Der Anwalt legte hiergegen Berufung ein, die vor der Strafkammer Erfolg hatte. K. wurde zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt, weil in dem, was er getan, eine Veranstaltung einer Versammlung zu erblicken sei. Dieses Urteil kann zu recht eigenartigen Folgerungen führen, weshalb der Verurteilte die Entscheidung des Oberlandesgerichts anrufen wird. Daß das Urteil bestätigt werden kann, können wir — obwohl bei „uns“ alles möglich ist — kaum annehmen.

## Gewerkschaftsbewegung.

Die Durchführung des Reichstarifvertrages im Malergewerbe scheint auf erhebliche Schwierigkeiten zu stoßen. Bei den Verhandlungen in Berlin über den Zeitpunkt, an dem der Tarifvertrag in Kraft treten soll, wurde von den Gehilfen ernstlich auf die Gefahren hingewiesen, die dem Vertragsverhältnis entziehen können, wenn der vereinbarte Tarif mit der bedingten Lohnhöhe zu einer Zeit durchgeführt werden soll, wo infolge Geschäftslage ein großes Überangebot von Arbeitskräften vorhanden ist. In den Monaten Januar und Februar sei es infolge der großen Arbeitslosigkeit unmöglich, die renitenten Arbeitgeber durch Entziehung von Arbeitskräften zur Einhaltung des Tarifvertrages zu zwingen. Trotz vieler triftigen Gründe, die übrigens für beide Parteien zurechen, bestanden die Arbeitgeber mit großer Hartnäckigkeit auf der Einführung des Tarifvertrages mit dem 16. Januar. Nun zeigt es sich, nachdem bereits zwei Lohnzahlungen erfolgt sind, daß ein großer Teil der Arbeitgeber den Verpflichtungen des Vertrages insbesondere in bezug auf die Lohnhöhe von 3 und 2 Pf., nicht nachkommen. In Rheinland-Weisalen, Sachsen, Thüringen und auch in Bayern sind die Arbeitgeber der Verpflichtung der Lohnhöhe nur teilweise und in verschiedenen Orten garnicht nachgekommen. In Wiesbaden und Homburg verweigern die Arbeitgeber jegliche Lohnhöhe. Auch in Norddeutschland fehlt es nicht an Orten, wo die Unternehmer veruchten, der Lohnhöhe aus dem Wege zu gehen, oder sie zahlen sie nicht in der ausbedungenen Höhe. Anstatt, wie zu erwarten war, die Führer des Arbeitgeberverbandes alles daran setzen wollten, ihre Mitglieder, die Arbeitgeber, zur Einhaltung der übernommenen tariflichen Verpflichtungen anzuhalten, beschließen sie sich mit der einseitigen Kommentierung des Vertrages, um durch alle möglichen Schikanen das den Gehilfen zugebilligte wenige strittig zu machen. Die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Tarifvertrages brachte bei den Arbeitern bekanntlich eine große Unmoralität, besonders in Hamburg legte eine scharfe Opposition ein, und wenn die Arbeitgeber nunmehr mit einer so großen Passivität der Durchführung des Reichstarifvertrages gegenüberstehen, wird die Abstimmung nicht geringer, sondern wesentlich größer. Der Vorstand und Aufsicht des Verbandes der Maler hat bereits im Fachblatt bekanntgegeben, daß zum 21. Februar eine außerordentliche Generaterversammlung einberufen wird. Als einziger Gegenstand der Beratung wird die Tarifverhandlung und die Durchführung des Reichstarifvertrages auf die Tagesordnung gesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn bis dahin die Arbeitgeber nicht in größerem Umfang der Durchführung der Lohnhöhe nachkommen, Beschlässe gefaßt werden, die zu Konflikten und Arbeitsstörungen führen, und so das in mühseliger Verhandlung geschaffene Vertragsverhältnis gefährden.

**Vom Tarifkampf des Buchdrucker-Hilfspersonals in Dresden.** Nach fünfjährigem Ausstand der Hilfsarbeiterinnen hat sich das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker entlassen, in den Kampf, der auch die tarifstreuen Buchdrucker in Mitleidenhaft zu ziehen drohte, einzugreifen. Die Frage, ob organisierte Buchdruckergehilfen tariflich verpflicht-

et werden können, mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten, drängte zur Entscheidung. Als im Jahre 1907 ebenfalls bei einem Streik des Hilfspersonals in Dresden, ein Maschinenmeister das Anlernen von Streikbrechern verweigerte, wurde ihm von den Tarifinstanzen nicht recht gegeben, weil die Arbeitsniederlegung des Hilfspersonals unter Kontraktbruch erfolgte. Das Tarifamt erklärte hierbei aber ausdrücklich, daß die tarifstreuen Gehilfen nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sind, sich mit dem Hilfspersonal solidarisch zu erklären, wenn dasselbe auf gleichmäßigem Wege und unter Beachtung der tariflichen Grundsätze die Einführung eines Tarifvertrages erstrebt. In der diesmaligen Tarifbewegung hat das Hilfspersonal diese Anforderungen nach jeder Richtung hin erfüllt und konnte nun mit Recht auf die Unterstützung der Buchdrucker rechnen, umso mehr, als es sich nur darum handelte, daß weder Streikbrecher angetreten noch mit solchen, die schon gekostet in ihrer Arbeit sind, zusammen gearbeitet wird. Die Dresdener Buchdrucker, die von Anfang an der Bewegung des Hilfspersonals sympathisch gegenüberstanden, führten nun dadurch eine Entscheidung des Tarifamtes herbei, indem sie in einer der bestrittenen Druckereien die Leistung von überstundnen mit Rücksicht auf den Streik verweigerten. Das Dresdener Schiedsgericht lehnte die Klage des Unternehmers mit Stimmengleichheit ab, worauf dieser Berufung beim Tarifamt einlegte. Das Tarifamt sagte folgenden Beschluß:

Die Gehilfen befinden sich bei Verweigerung der Überstunden formell im Unrecht. Sie durften eine solche Maßnahme nicht treffen, bevor nicht die tariflichen Schiedsinstanzen hierüber beraten und entschieden hätten. Das Tarifamt erkennt aber an, daß die beklagten Gehilfen insofern im guten Glauben gehandelt haben, als sie nach den Beschlüssen zum Organisationsvertrage, die auch eine Verbindung des Deutschen Buchdrucker-Vereins und des Verbandes der Deutschen Buchdrucker vorsehen, sich verpflichtet fühlen konnten, die Herbeiführung eines Hilfsarbeitertarifs durch eigenes Eintreten erstreben zu dürfen, nachdem die Prinzipalität zu dem Zustandekommen eines Tarifvertrages kein Entgegenkommen gezeigt hatte.

Ferner haben sich die beklagten Gehilfen für ihre Maßnahmen auf ein Urteil des Tarifamtes in ähnlicher Form, vom April 1907, gestützt, wozu sie nach dem Wortlaut desselben in gewisser Beziehung berechtigt waren. Es wird aber vom Tarifamt nochmals ausdrücklich hervorgehoben, daß ohne Anrufung der Tarifinstanzen solche oder ähnliche Maßnahmen der Gehilfen tarifwidrig sind.

Den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Hilfsarbeitern in Dresden hält das Tarifamt für geboten. Im Prinzip wird anerkannt, daß, wenn die Majorität einer Partei eines Ortes die Schaffung eines Lokaltarifvertrages wünscht, Verhandlungen der anderen Partei hierüber eingeleitet und vorgenommen werden müssen. Würde also die Majorität der Dresdener Hilfsarbeiter unterjährig vollzogenen Nachweis erbringen, daß die Majorität derselben einen solchen Tarif wünscht, so wird hiervon zunächst der örtlichen Prinzipalität und Gehilfenleitung und dem Vorstände des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig Kenntnis gegeben. Die örtliche Prinzipalität und Gehilfenleitung wird dann verpflichtet, die Tarifvertragsverhandlungen in Leipzig zu unterrichten. Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins dagegen wird die gemeinsame Kommission der Prinzipale und Hilfsarbeiter mit den weiteren Maßnahmen betrauen.

Kommt innerhalb vier Wochen kein Tarif zustande, entscheidet über die Stellung der tarifstreuen Gehilfen hierzu das Tarifamt.

Eine sofort unter dem Dresdener Hilfspersonal vorgenommene schriftliche Abstimmung ergab, daß sich bis jetzt 450 Personen, darunter 260 Aufseherinnen, für die Tarifvertragsunterzeichnung erklärt haben. Ein Beweis, daß die Behauptung der Unternehmer, es wäre nur ein verschwindend kleiner Teil, der einen Tarif haben will, völlig aus der Luft gegriffen ist. Die Hilfsarbeiterschaft ist nun auch diesen Weg gegangen, um den tariflichen Grundsätzen der Buchdrucker zu entsprechen, sie hat damit jedenfalls weitere vier Wochen Ausstand vor sich.

**Schneiderstreik in Newyork.** Am 19. Januar ist ein neuer großer Streik in der Newyorker Bekleidungsindustrie ausgebrochen: 4000 Knöchelmacher legten die Arbeit nieder, denen in den folgenden Tagen noch etwa 1000 gefolgt sind. Sie verlangen Lohnhöhung. — Die Hägler, von denen in Newyork etwa 8000 organisiert sind, kündigen ebenfalls eine Arbeitsniederlegung für die nächste Woche an, wenn ihre Forderung auf Lohnhöhung und einige andere Verbesserungen nicht erfüllt werden sollten.

## Soziales.

**Ämtliche Erhebungen über die Lage der Anwaltsangeestellten.** Das Reichsjustizamt, das vom Reichskanzler mit diesen Erhebungen beauftragt worden ist, hatte zum 29. Januar eine Konferenz von Vertretern der Organisationen der Anwaltsangeestellten einberufen, um diese über Art und Umfang der Erhebungen zu hören. Die Regierung beabsichtigte von vornherein, die Erhebungen nur über die Materien zu erstrecken, die bei einer gesetzlichen Regelung eine rechtliche Gleichstellung der Bureauangestellten mit den Handlungsgehilfen bringen würden. Es gelang in der Konferenz nicht, die Regierung zu einer Erweiterung der Erhebungen zu bewegen, dagegen wurde noch eine ganze Anzahl Ergänzungen zu dem zur Beratung stehenden Fragebogen, die der Vorsitzende der Organisationsvertreter, der Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten (Freie Gewerkschaft, Berlin) anregte, von der Regierung akzeptiert. Trotz des Widerspruchs der Angestellten blieb die Regierung dabei, daß die Erhebungen in Stichproben bestehen sollen, dergestalt, daß etwa 20 Proz. der sämtlichen Bureaus davon erfaßt werden. Die Regierung erklärte die dadurch zu gewinnenden Unterlagen als ausreichend für Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes. Die Erhebungen sollen durch Befragung der Angestellten und der Anwälte durch die Justizbehörden aufgenommen werden.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Ein Richter als Gesetzesverächter.** Ein Amtsrichter aus Sommerfeld hatte sich in seiner Eigenhaft als Reservewohlstand vor dem Kriegsgericht Frankfurt a. O. wegen Duellvergehens zu verantworten und wurde zu fünf Monaten Festungshaft verurteilt. Über die Ursache, die zu dem Tode führte, wurde nichts bekannt, weil die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand.

## Aus Nah und Fern.

**Wieder ein Schülerelbstmord.** In Görlitz beging ein Schüler der dortigen königlichen Maschinenbauschule Selbstmord durch Erschießen.

**Verbrannt.** In Magdeburg ist ein in der Wohnung alleingelassenes dreijähriges Kind, dessen Kleider am Ofen Feuer fingen, verbrannt.

**Wife Gefellen.** In einer Apotheke in Köln-Chrenfeld drangen in der Nacht zum Donnerstag zwei Ichulplich-

tige Burtschen ein, wurden aber von dem Inhaber bei der Auslieferung ihrer Schußwaffen erwischt, worauf sie mehrere Revolver erschossen auf den Apotheker abfeuerten. Dieser sprang zur Seite, wurde aber durch Streifschüsse verletzt. Die jugendlichen Verbrecher wurden bald darauf verhaftet.

**Nationaler Terroristenklub.** In dem Orte Bschereben bei Halle hatte die sozialdemokratische Partei nach der Reichstagswahl nicht weniger als 54 Abonnenten des „Volksblattes“ gewonnen, ein Zeichen, daß den „Reichstreuen“ Arbeitern die Augen allmählich aufgingen. Natürlich fiel nun gewissen Leuten, die von der Verdummung und Knechtung der Arbeiter Gewinn erhoffen dürfen, die Sache einigermaßen auf die Nerven. Es galt, das „Vaterland“ zu retten. Erst neulich haben wir einen häßlichen Rettungsversuch, veranstaltet vom „unpolitischen“ Kriegervereinsvorstand, geschickter. Mittels schätzbaren Terrors war dem ersten Austräger des „Volksblattes“ seine Tätigkeit unterbunden worden. In dieser Lumperei hatte man nicht genug, die nationale Wut richtete sich sofort auch gegen die zweite Austrägerin, die sich ein paar Groschen mit dem Verteilen des Blattes zu verdienen gedachte. Ihr Hauswirt besetzte die Frau, als er von ihrer Abfahrt erfuhr, mit den ärgerlichsten Schimpfwörtern und drohte, sie mit ihren Kindern auf die Straße zu setzen, wenn sie tatsächlich das „Volksblatt“ austrage. Das vaterlandstreue Gesindel ist also auf den „richtigen“ Weg verfallen, um sich für seine furchtbare Niederlage am 28. November zu rächen. Gestrige Waffenspiele den traurigen Gesellen nicht zu Gebote, so müssen sie zu den schätzigsten Mitteln greifen, um sich der Aufklärung zu erwehren.

**Zum Unglück auf Zee „Holland“** Aber die Ursachen des Schachtsturzes auf Zee „Holland“ schweigt die bürgerliche Presse, die über die Bewirtung und Belohnung der Vereiterten in gleichmäßiger Breite zu berichten wußte. Man scheint zu glauben, daß die Frage mit der Rettung der sechs Bergleute gegenstandslos geworden sei. Wir haben bereits kurz nach der Rettung der Verschütteten darauf hingewiesen, daß die Arbeiter sehr beschleunigt worden sind, daß der Schacht bis unter die 5. Sohle in einem Zeitraum von 10 Monaten abgebaut war. Wir haben ferner darauf aufmerksam gemacht, daß diese Beschleunigung mit Rücksicht auf das schlechte Gebirge sehr bedenklich war. Heute können wir unsere Ausführungen mit folgendem ergänzen: Der zuletzt abgetaufte Teil des Schachtes war fünfzehn Meter niedergebracht, ohne daß ausgemauert worden wäre. Erst später begann man mit der Ausmauerung. Als die Arbeiter bis etwa zur Hälfte des Schachtteiles fertig waren, fiel einiges Gebirge ein. Als bald wurden die Aufbaumarbeiten vorgenommen. Aber auch von der anderen Seite des Schachtes fiel das Gebirge in einer Ausbuchtung bis zu 7 Metern und in ziemlich hoher Höhe nach. Dabei wurde einer der eisernen Schacht rings, die zur provisorischen Abstützung dienten, mit einer Seite bis auf die Mauerbahn gedrückt, wodurch dann das Unglück herbeigeführt wurde. Die Frage, ob alles zu verhindern gewesen wäre, wird von Fachleuten bejaht. Sie sind vor allem der Ansicht, daß bei dem schlechten Gebirge, das hinlänglich bekannt war, eine bessere Abstützung, eventuell in Eisenbeton, erforderlich gewesen sei. Die amtlichen Untersuchungen sind ja im Gange; man kann deshalb auf das Resultat sehr gespannt sein.

**Patriotische und Handwerksburschenelend.** Wie anderwärts, so lesen wir in der Frankfurter „Volksstimme“, so waren auch in Schneidhain i. L. am vorigen Donnerstag die „Patrioten“ versammelt, um beim Becherklang und vor vollen Schüsseln den Geburtstag ihres Herrn und Kaisers zu feiern. Veritete sich, daß in Reden des Reiches Größe, Macht und Herrlichkeit gepriesen und tüchtig geschmäht wurde auf die schlechten Sozialdemokraten, diese vaterlandslose Horde, die Wilhelm II. die Ehrenbezeugung verweigert, Wilhelm II., der doch das Wort gesprochen hat, daß für den deutschen Arbeiter gesorgt sei bis ins Alter hinein. Die Reden stiegen, Schüssel um Schüssel ließ ihren dampfenden Inhalt in die Bäuche der Patrioten verschwinden und deren Durst brachte dem Reiche das Trankopfer der Alkoholsteuer dar — derweil aber bekamen unterm selben Tische Broleten zu verspüren, wie die vom Kaiser in seiner Breslauer Rede gepriesene Firsorge aussieht. Zugereiste Handwerksburschen, an denen ja nicht viel zu verdienen ist, mußten harren und lauern, damit sie doch ihr bescheidenes Nachtlager aufsuchen könnten. Ja, der zahlungsfähige Patriotismus geht vor! Als es endlich so weit war, daß man den Handwerksburschen ihre Lagerstätte anwies, stellte sich bei dem einen, einem lauber gekleideten 22 Jahre alten Bäckergelesen heraus, daß er eine Spur von Angezieler in seinen Kleidern hatte; wie leicht kann einer auf der Benne dazu kommen! Und dieser junge Bäckergelesene war seit dem 18. Dezember vorigen Jahres arbeitslos und auf der Wanderschaft. Statt dem armen Teufel nun ein Strohlager herzurichten, brachte es das Menschlichkeitsempfinden der geschwollenen Patrioten fertig, den jungen Mann in die Winternacht hinauszuweisen! Was blieb ihm übrig, als weiterzugehen? Des Weges und der Gegend fremd, verirte er sich, müde schlepte er sich hin, immer matter geht es in dem einen Fuß hohen Schnee weiter. Dabei bricht der arme Wanderer bis über die Knöchel in einen Wassergraben ein, der zähe Schlamm zieht ihm die Schuhe von den Füßen, die dann nur noch unvollständig wieder angezogen werden konnten. Und doch: tapp tapp, weiter. Schließlich kommt der Wandersmann auch in den Ort Ruppersthal, doch ehe er ein Obdach finden kann, bricht er totmatt zusammen und bleibt am Wege liegen. Morgens gegen 3 Uhr findet ein Stragenpassant den Armen, man trägt ihn in einen Ruchstall, um ihn zu erwärmen. Die Schuhe, obgleich er sich nur halb anhatte, müssen dem armen Keil von den Füßen geschritten werden. Als er schließlich halbwegs zur Besinnung kommt, ächzt er: „Ich dachte, ich könnte totgehen.“ Morgens eilt ein Arzt aus der Heilanstalt herbei, er findet den Gesellen in jämmerlichem Zustande, Arme und Beine schrecklich angeschwollen, ein Bein wird bis zum Knie, ein Arm bis zum Ellenbogen abgenommen werden müssen. Der unglückliche und energische Arzt legt die schleunige Überführung des Unglücklichen in das Krankenhaus nach Döcht durch. Wird er nochmals hergebracht, dann bleibt er zeitweilig ein Krüppel. An Kaiser Geburtstag mag er künftig sich an den Weg hocken und auf der Drehorgel spielen: Alles, was ich bin und habe, dank ich dir, mein Vaterland!

**Grubenkatastrophen ohne Ende.** In Las Ceperanzas (Mexico) ereignete sich eine Grubenexplosion, wodurch 56 Personen getötet und 50 verletzt wurden. — Nach neueren Nachrichten sind 68 Arbeiter, meist Mexikaner und Japaner, ums Leben gekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarzg. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

**Drucksachen** jeder Art für Vereine, Danwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

# Inventur-Ausverkauf.

zu auffallend billigen Preisen ————— teils für die Hälfte des Wertes.

Ebeller, hoch und tief Satz Schlüssel (8 Stck.) Gemüse-Schüssel 8, 10, 22, 30 Pf.	8 Pf. 95 Pf.	Tassen, gereift, gross, Tassen, Porzellan mit Unterlasso Kaffeekannen, Porzellan, gr.	nur 15 Pfg. 10 Pf. 38 Pf.	Glas-Butterdose Wassergläser Biergläser $\frac{2}{10}$ u. $\frac{1}{4}$ Liter	12 Pfg. Stück 5 Pfg. Dtzd. 1.— M.	Tischlampen 14', statt 3.50 jetzt 2.50 Mk. Emaille-Eimer, 28 cm Wäscheklammern, 60 Stück nur 13 Pf.	95 Pf. 13 Pf.
Bürgerliches Gesetzbuch Haarbesen Handfeger	jetzt 78, 88, 125 Pf. 38, 48, 58 Pfg.	Reuter-Werke, Band Louwagen Strassenbesen	22, 25, 33, 38 Pf. nur 42 Pf.	1 Satz Tonnen, dekoriert Marktaschen, enorm billig	2,25 Mk. 40, 60, 80, 100 Pf. — Wert doppelt.	Aufsatz, 3 Schalen in Tulpen Fussmatten, 90x65 cm gross Kokosbesen	95 Pfg. 28 Pf. nur 42 Pf.

## Riesen-Bazar.

Breitestraße 33.

Breitestraße 33.

Pietro Cagna.

Heute morgen 4 1/2 Uhr entlichet  
samt nach kurzem schweren Kampfe  
meine unglückselige Frau u. meiner  
10 Kinder treuversorgende Mutter

### Marta Behnke

geb. Mortenson  
im Alter von 83 Jahren. Tief be-  
trauert und schmerzhaft vermisst von  
L. Behnke und Kinder.

Ihre liebevolle Mutter  
Sofie Mortenson und Geschwister.  
W. Prenslin u. Frau geb. Mortenson  
M. Wendorf u. Frau geb. Mortenson  
J. Fick u. Frau geb. Mortenson  
W. Mortenson u. Frau geb. Behl  
H. Mortenson u. Braut Adele Fick  
A. Norkus u. Frau geb. Mortenson  
B. Mortenson.  
M. Mortenson.

Beerdigung, den 5. Februar 1910.  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
abend, dem 5. Februar, nachmittags  
5 1/2 Uhr, vom Sterbehause aus statt.

Durch Unglücksfall starb unser  
lieber Sohn und Bruder

### Wilhelm Ziedorn

im 26. Lebensjahre. Tief betrauert  
von seinen Eltern, Geschwister und  
allen Verwandten.

Trappentstraße 3a.  
Trauerfeier Montag, d. 7. Febr.,  
2 1/2 Uhr in der Kapelle Borwert.

Heute morgen entlichet nach  
schwerem langen Leiden meine liebe  
Frau u. meiner Tochter treuversorgende  
Mutter, **Hause, geb. Wieger**, im  
27. Lebensjahre. Tief betrauert  
von den Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag  
um 1/2 Uhr von der Borwerker  
Friedhofskapelle aus statt. Beginn  
der Trauerfeier 1 1/2 Uhr.

Gut möbl. Zimmer zu vermieten.  
Woche 3 Mark.

Schützenstr. 57a. I.  
Freundl. möbl. Zimmer 10f. zu  
vermieten.

Friedenstraße 1a. I.  
Zum 1. April Zwei- und Drei-  
Zimmerwohnungen zu vermieten.

Näheres Marktstraße 82, part.  
Mehr eleg. Damen-Maskeanzüge  
billig zu vermieten. Drögestr. 11a.

Ein neues modernes noch nicht ge-  
tragenes Damen-Maskeanzug zu  
vermieten.

Johannisstr. 66, Hinterhaus, I.  
3 Herren- u. 2 Damen-Maske-  
anzüge billig zu vermieten.

Nachenburg 97, pt. r.

Saubere Herren-Maske-Anzüge  
voben in großer Auswahl billig zu  
vermieten.

Ellerbrook 14. Dachparterre.  
2 flotte Damen-Maskeanzüge  
billig zu vermieten.

Kottwitzstraße 29.  
1 Damenmaskeanzug  
zu vermieten.

Klappenstraße 29, I.  
Marke **Briketts** Neuglück  
100 Pfd. 1.20 Mk., v. 5 Jtr. an billiger  
Sorten 20/30 100 Pfd. 1.50 Mk. trock.  
vom Lager, von 10 Jtr. an billiger,  
gefeuerte Kugeln 100 Pfd. 1.40 Mk.,  
von 5 Jtr. an billiger, Tannenforst-  
holz Met. 8 Mt., gepalt. Saft 50 Pf.  
Alles frei Haus. Bestellung, nehme  
entgeg. C. Prestin, Wiedestraße 33.

**Spezialität**  
:: der Firma ::

**H. H. Holtermann**  
Lübeck, Marktwiese 4

**H. Sommerfanghering**  
**H. Deilkatess-Matjes**

— Anchovis —  
— Sardinen —  
— Sardellen —

**Oeffentliche**  
**Volks-Versammlung**  
in Schlutup  
am Sonnabend, 5. Februar  
abends 8 1/2 Uhr  
im Gasthof zur Post.

Tages-Ordnung:  
1. Praktischer Idealismus im Kampfe  
um's Dasein.  
Referent: Frau H. Steinbach-  
Hamburg.

2. Diskussion.  
In ihrem Vortrag wird die Re-  
ferentin besonders die Bedeutung  
der Konsumvereine behandeln, einem  
zahlreichen Besuch sieht deshalb  
entgegen.

Der Einberufer.



## Für Maskeraden

Tarlatan in allen Farben . . . . . Meter 9 Pfg.  
Tarlatan la. mit Gold . . . . . Meter 18 Pfg.  
Atlas in allen Farben . . . . . Meter 34 Pfg.  
Veivet in allen Farben . . . . . Meter 76 Pfg.  
Lahband, Gold und Silber,  
10 Meter-Stück . . . . . 25, 22, 18 Pfg.  
Münzen, Gold und Silber . . . . . Dtzd. 3 Pfg.  
Schellen, Gold und Silber . . . . . Dtzd. 8 Pfg.  
Pierretten-Ponpons . . . . . Dtzd. 15 Pfg.  
Atlasband in allen Farben . . . . . Nr. 5 6 Pfg.  
Atlas-Maschen . . . . . 28, 25, 20 Pfg.  
Maskeraden-Schmuck und Besätze,  
Handschuhe, Strümpfe.

## Markmann & Meyer

Breitestraße 14.

## Gruppenbild der sozialdemo- kratischen Reichstagsfraktion.

à Exemplar 40 Pfg.  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

## Morgen Sonnabend Ausnahmetag

Braunschweiger Blutwurst . . . . . 50 Pfg.  
anstatt Pfund 60 Pfg. nur Pfund  
Leberwurst . . . . . 50 Pfg.  
anstatt Pfund 60 Pfg. nur Pfund  
Preßkopf . . . . . 60 Pfg.  
anstatt Pfund 70 Pfg. nur Pfund  
Krellwurst . . . . . 50 Pfg.  
anstatt Pfund 60 Pfg. nur Pfund  
Euter . . . . . 50 Pfg.  
Pfund

Auf alle Wurst- und Fleischwaren  
4 % Rabatt.  
Verkauf in meinen sämtlichen Detail-Geschäften.

Thüringer Wurst- und Fleischkonserven-Fabrik  
August Scheere.

Reparatur, billig u. gut  
Niedermetzen 1.50 Mk.  
Reinigen . . . . . 1.50  
Glaz . . . . . 0.80  
G. Reese, Uhr-  
macher  
Hilfstraße 22-24.

**Brauerei Fackenburg.**  
Auf der Durchreise.  
Nur auf Gastspiel.

## Elite-Zirkus.

Freitag, den 4. Februar 1910,  
abends 8 Uhr  
Gala-Eröffnungs-Vorstellung  
mit hervorragenden Sensations-  
Nummern.

Die größte Neuheit der Dressur  
mit einem dreifachen **Riesen-Stier**  
(ca. 2000 Pfund) in der hohen  
Schule von einer Dame geritten.  
Außerdem das glänzende Programm.  
Sonnabend, 2 große Vorstellungen  
nachmittags 4 Uhr: Billige Preise:  
Familien- u. Kinder-Vorstellung.  
Abends 8 Uhr: Sport-Vorstellung.  
Näheres siehe Plakate!  
Um zahlreichen Besuch bittet  
Otto Tamsen.  
Die Direktion.

## Verein der Musikfreunde.

Sonntag, den 6. Februar,  
abends 7 Uhr.  
in der Stadthalle:  
18. volkstümliches Konzert  
(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:  
Kapellmeister Hermann Abendroth.  
Solist:  
Herr A. Kolb (Contrabaß).  
Zur Aufführung kommen u. a.:  
Ouvere zu Ein Sommernachtsstraum  
F. Mendelssohn-Bartholdy.  
Peer-Gynt Suite . . . . . E. Grieg.  
Phantasie aus „Der Trompeter von  
Säckingen“ . . . . . O. E. Nessler.  
Durch Straußsche Operetten  
L. Schlägel.  
Programm in Lübecker Konzert-  
Anzeiger.

## Neues Stadttheater.

Sonnabend, 5. Februar, 7 Uhr.  
Voll-Ab. 122. Sonnabends-Ab. 20.  
Gastspiel **Leonore Sengera**  
vom Stadttheater in Leipzig.  
**Lohengrin.**  
Oper von Wagner.

Ortrud . Fel. Sengera als Gast.  
Sonntag, 6. Febr. Nachm. 3 Uhr:  
Außer Abonn. Nachm.-Preise:  
1. Gastspiel des **Wissenschaftlichen**  
Theaters der „Urania“-Berlin.  
Von der Zugspitze zum **Watzmann**.  
Streifzüge durch Oberbayern.

Sonntag, 6. Februar, 7 Uhr.  
Voll-Abonn. 123. Mittelpreise.  
**Einmalige große Doppel-Vorst.**  
**Der Andere.** Schauspiel v. Lindau  
Hierauf: **Liebestisten (Lethe).**  
Schwank von R. Gobbins.

Montag, 7. Febr. Nachm. 3 Uhr.  
Außer Abonn. Nachm.-Preise.  
2. Gastspiel der „Urania“-Berlin.  
**Am Golf von Neapel.**  
Eine Frühlingsfahrt zum Gelände  
der Sirenen und Zyklopen.

Montag, 7. Februar, 7 Uhr.  
Gastspiel des Kgl. Kammerjägers  
**Alois Pennarini**  
vom Hamburger Stadttheater  
**Siegfried.**  
Musikdrama von R. Wagner.

Sehr empfehlenswert  
ist das in 60 Lieferungen à 40 Pfg. erschienene Werk:

## PLATEN

Die neue Heilmethode. Lehrbuch der naturgemäßen  
Lebensweise, der Gesundheitspflege und naturgemäßen  
Heilweise.

Neu bearbeitet von 37 praktischen Aerzten, Pädagogen und  
Hygienikern, mit 10 farbigen naturgetreuen Modellen des  
menschlichen Körpers und der einzelnen Organe, bis in die  
kleinsten Teile zerlegbar; ferner 62 Chromo- und Kunsttafeln  
und 660 Abbildungen, über 3000 Textseiten, wovon wir  
einige Teile hervorheben, als: Die Krankheitslehre und deren  
Erkennung, Anwendungsformen der Naturheilkunde, Grund-  
sätze, Methoden und die Mittel der Naturheilkunde, Gesund-  
heitslehre der Naturheilkunde, Geschlechtsleben, syphilitische  
Krankheiten, das Kind und seine Pflege, das Weib in ge-  
sunden und kranken Tagen etc.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstr. 46. und deren Kolporteurs. Johannisstr. 46.